



31. Sitzung, Dienstag, 16. Dezember 2003, 16.30 Uhr

Vorsitz: *Ernst Stocker (SVP, Wädenswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. **Mitteilungen**..... Seite 2345

3. **Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2004**

Antrag des Regierungsrates vom 17. September 2003
und geänderter Antrag der Finanzkommission vom

20. November 2003, **4013a** Seite 2346

Verschiedenes

- Rücktritt von Daniel Bussmann als Ersatzoberrichter..... Seite 2398
- Neujahrswünsche Seite 2398
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 2399

Geschäftsordnung

Ratspräsident Ernst Stocker: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

Mitteilungen

Ratspräsident Ernst Stocker: Die Geschäftsleitung des Kantonsrates hat den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich im Herbst 2003 erlaubt, bei den Ratsmitgliedern unter dem Titel «Reputationsradar» eine elektronische Umfrage durchzuführen. 178 von 180 Ratsmitgliedern haben die Umfrage beantwortet. Die EKZ danken herzlich für diese sehr gute Teilnahme.

Die EKZ planen nun, mit Email periodisch Neuigkeiten zuzustellen, möchten aber die Ratsmitglieder keinesfalls belästigen. Ich habe mit Präsidentialentscheid eine erstmalige Zustellung erlaubt. Sie können jede weitere Zustellung der Information mit einem einfachen Mausklick abbestellen.

3. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2004

Antrag des Regierungsrates vom 17. September 2003 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2003, **4103a**

Fortsetzung der Beratungen

Ratspräsident Ernst Stocker: Ich habe entschieden, dass als erstes, vor der Weiterbehandlung der Baudirektion, die Konti 9200, Arbeitslosenkasse, und 9300, Verkehrsverbund, behandelt werden, weil Volkswirtschaftsdirektor Ruedi Jeker bei uns weilt und er nachher einer anderen Verpflichtung nachzukommen hat. Sie sind damit einverstanden.

Konto 9200, Arbeitslosenkasse

Konto 9300, Zürcher Verkehrsverbund

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8100, Hochbau

Fortsetzung der Beratungen

Antrag 31b. ***Minderheitsantrag Ueli Keller, Willy Furter, Thomas Hardegger, Roland Munz, Monika Spring, Eva Torp und Peter Weber (KPB)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 45'369'400

neu: Fr. 46'029'400

Verschlechterung: Fr. 660'000

San04.260

Kein Leistungsabbau in den Baubereichen 1+2 und der Gebäudetechnik.

Ueli Keller (SP, Zürich): Der Antrag 31b soll eine Erhöhung des Budgets des Hochbauamtes um 660'000 Franken bewirken und damit den Abbau von vier, später acht Stellen in den Projektierungsabteilungen der Baubereiche 1 und 2 verhindern. Die Auswirkungen dieser geplanten Entlassungen halten wir nicht für sinnvoll. Der Leistungsabbau, der dadurch bewirkt wird, trägt den Nutzungsbedürfnissen der Bestelldirektionen keine Rechnung. Der Rückstand beim Unterhalt und der Erneuerung bestehender Infrastrukturen und der Neubau fehlender Nutzflächen und die Ökologisierung der Haustechnik sind uns nicht dokumentiert worden, damit man einen Überblick hätte und die nachweisen würden, dass dies ein sinnvoller Abbau ist.

Ein Wort zu den Leistungsindikatoren, in denen sich eigentlich niederschlagen müsste, dass ein Leistungsabbau geplant ist. Diese bleiben aber auf unveränderter Höhe. Ich frage mich dann, ob diese Leistungsindikatoren wirklich gar nichts aussagen, dass sie immer unverändert sind, unabhängig davon, was passiert. Müssen weniger Leute mehr arbeiten? Was ist eigentlich Sache?

Jedenfalls scheint uns dieser Antrag besonders schlecht vorbereitet zu sein. Wir lehnen ihn ab und bitten Sie, unseren Gegenantrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag 31b wird dem Antrag der KPB und der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 31b mit 83 : 65 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 45'369'400.

Antrag 32a. ***Minderheitsantrag Ueli Keller, Willy Furter, Thomas Hardegger, Roland Munz, Monika Spring, Eva Torp und Peter Weber (KPB)***

Ausgaben Investitionsrechnung

alt: Fr. 21'190'000

neu: Fr. 36'190'000

Verschlechterung: Fr. 15'000'000

San04.261

Keine Reduktion des Investitionsvolumens von selber budgetierten Bauprojekten.

Ueli Keller (SP, Zürich): Die Auswirkungen der geplanten Reduktion der Investitionen im Hochbauamt um 15 Millionen Franken, wie sie uns von Baudirektorin Dorothee Fierz aufgezählt worden sind, halten wir nicht für sinnvoll. Genannt wurde uns, dass die Erstellung des Bezirksgebäudes Dietikon verschoben und zeitlich erstreckt, bei den Zeughäusern in Zürich der Unterhalt reduziert und beim Bezirksgebäude Meilen das Gerichtsgebäude nicht erweitert werden soll sowie dass generell beim Gebäudeunterhalt und der Gebäudeerneuerung und bei umweltrelevanten Verbesserungen der Haustechnik Einsparungen getroffen werden sollen. Diese so genannten Einsparungen wirken sich möglicherweise im Moment entlastend aus im Budget. Langfristig rächt sich aber das Hinausschieben dieser notwendigen Ausgaben durch höhere Unterhaltskosten, höhere Betriebskosten und allenfalls notwendige Provisorien, umständlichere Betriebsabläufe und höhere Energiekosten. Die Aufschiebung von notwendigen Investitionen passt auch schlecht in die aktuelle Konjunkturlage. Gerade jetzt wäre zu Gunsten des Baugewerbes weniger Zurückhaltung angesagt. Der bereits markante Nachfragerückgang nach Bauleistungen im Kanton Zürich muss durch den Staat Zürich nicht zusätzlich verstärkt werden. Insbesondere bei der energetischen Sanierung des kantonalen Gebäudeparks gäbe es genügend Gründe, die für ein differenzierteres Vorgehen und gegen die Rasenmäher-Methode sprechen.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zur Aufstockung des Investitionsbudgets des Hochbauamtes zuzustimmen.

Peter Weber (Grüne, Wald): Die Sparmassnahme von 15 Millionen Franken bei einem Investitionsvolumen von selber budgetierten Bauprojekten bezieht sich unter anderem auf die Teilerneuerung der Zeughäuser. Wir Grünen verstehen diese Haltung nicht, da diese seit Jahren verschobenen Instandsetzungsarbeiten im Endeffekt höhere Investitionen hervorrufen. Konkret heisst das: Gerade am Beispiel des unbestritten unter Denkmalschutz stehenden Zeughausgevierts steht der Kanton in der Verantwortung, weil die Langzeitwirkungen beim Vernachlässigen von ökologisch wichtigen Investitionen an Bauwerken dazu beitragen, die Energieeffizienz zu verschlechtern.

Das Verhalten der Kommissionsmehrheit ist mir schleierhaft. Auf der einen Seite wird für KMU auf Vorschuss gejammert. Andererseits ist den gleichen Vertretern alles schnuppe egal. Noch schlimmer: Die einen Vertreter wollen den Realitäten schon gar nicht ins Auge blicken. Ich brachte in der Kommission den Vorschlag ein, das Zeughausge-

viert mit den unterhaltsvernachlässigten Gebäudestrukturen und vor allem auch den wegen Einsturzgefahr abgesperrten Waffensaal zu besichtigen, damit sich die Sparapostel die Zustände einmal zu Gemüte führen müssen. Die mehrheitliche Antwort war sofort Nein, es sei zu aufwändig, nur wegen der Zeughäuser nach Zürich fahren zu müssen. In der Folge habe ich letzte Woche, weil mich das schlechte Gewissen plagte, das Zeughausgeviert allein besucht, um den von der Baudirektion mehrmals erwähnten Waffensaal beurteilen zu können. Dieser dreigeschossige Gebäudekomplex mit dem Ausmass von 20 mal 20 Metern ist unbestritten das Herzstück der Kasernenanlage und ist je seitlich über die monumentalen Treppenanlagen der Zeughäuser 3 und 4 im ersten Obergeschoss direkt über den öffentlichen Durchgang erreichbar. Um zu schildern, was meine zwei Augen mit der Berufserfahrung von 40 Jahren gesehen haben, ist die maximale Redezeit von fünf Minuten leider zu kurz. Der 135-jährige, unter Denkmalschutz stehende Gebäudekomplex bricht strukturell auseinander. Seit dem Auszug der Armee 1987 investierte der Kanton nur in kostspielige Rettungs- und Sanierungsmassnahmen, um zu verhindern, dass die zwei Fassaden auseinander brechen. Auch für den Unterhalt der undichten Schrägdächer wurde kein Geld investiert, obwohl dies gesetzlich über gebundene Ausgaben in den vergangenen 16 Jahren des Leerstands etappenweise möglich gewesen wäre. Kurz, der Waffensaal ist eine Ruine.

Tief nachdenklich und verärgert beendete ich meine Mission und fragte mich, wenn schon die verantwortliche Regierung unseres Kantons kein Bewusstsein für dieses Bauwerk entwickelt, welches die historische Bedeutung der Stadt Zürich als Waffenplatz Mitte des 19. Jahrhunderts ausdrückt, dann soll sie doch bitte das gesamte Zeughausgeviert der Stadt Zürich abtreten. So kann das nicht mehr weitergehen. Wer weiss, vielleicht würde die Stadt dieses Geschenk sogar annehmen! Übrigens, ausser den Bauten des Zeughausgevierts existieren im Kanton Zürich noch zahlreiche weitere öffentliche Bauten, an denen durch Vernachlässigen oder Hinauszögern der vorgeschriebenen Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten sowie der umweltrelevanten Verbesserungen gesündigt wird. Diesbezüglich hat die Baudirektorin der KPB eine Auflistung der entsprechenden Bauten versprochen. Es ist offensichtlich. Der Waffensaal ist nicht der einzige, bei dem durch Sparen, das heisst Vernachlässigen des Gebäudeunterhalts, gesündigt wird.

Diese ehrlich gemeinten Bedenken basieren nicht auf Phantasien der Linken, sondern haben auch etwas mit Angst zu tun. Bauten können sogar in der Schweiz einstürzen. Die Berichterstattung der Medien vor zwei Wochen über den Halleneinsturz in Lupfig hat nicht nur die SVP und Baufachleute erschreckt, sondern bei allen Menschen reflexartige Erinnerungen an den Deckeneinsturz im Hallenbad Uster wachgerufen und sie betroffen gemacht.

Ich bitte Sie, dieses von der Baudirektion vorgeschlagene Sparvolumen von 15 Millionen Franken nicht zu akzeptieren. Wir Parlamentarier tragen genauso Verantwortung... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Willy Furter (EVP, Zürich): Eine Kürzung des Investitionsvolumens um 15 Millionen Franken ist in einer Rezessionsphase sicher nicht sinnvoll. Es wäre im Gegenteil ein antizyklisches Verhalten angesagt. Mit einer Kürzung verhindern wir Aufträge an die Privatwirtschaft. Selber budgetierte Bauprojekte sollen nicht gekürzt werden. Die Fachdirektionen sollen auf geplante Infrastruktur zählen können. Wir würden mit einer Kürzung sinnvolle Umsetzungen verzögern oder gar verunmöglichen, was wiederum zu höheren internen Kosten führen würde.

Ich empfehle Ihnen im Namen der EVP-Fraktion, auf die Kürzung des Investitionsvolumens um 15 Millionen Franken zu verzichten.

Max F. Clerici (FDP, Horgen): Die Freisinnig-Demokratische Fraktion ist gegen ein Anheben dieser Investitionen.

In anderen Minderheitsanträgen begeben wir uns auf die Niederungen der operativen Führung hinunter. Darum haben wir einzelne Minderheitsanträge nicht weiter kommentiert. Hier geht es um einen strategischen Entscheid. Es ist richtig, dass er hier verhandelt wird. Die Regierung hat Prioritäten gesetzt. Wir haben uns in der KPB vergewissert, dass das Investitionsvolumen gesamthaft für das nächste Jahr in etwa derselben Höhe bleibt. Aber die Prioritäten wurden von der Regierung gesetzt, was wir akzeptieren und auch für richtig erachten. Wir können nicht antizyklisches Verhalten einbringen, um diese Position entweder zu erhöhen oder zu retten, je nach Gesichtspunkt. Das Einzige, was wir können, ist, dass wir nicht zu einer Strukturhaltung am falschen Ort stehen. Wir sind froh, dass die Regierung die Investitionen auf gleich bleibendem Niveau weiterfahren will, aber Prioritäten gesetzt hat, die wir unterstützen.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 32a wird dem Antrag der KPB und der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 32a mit 93 : 72 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 21'190'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8200, Kantonale Fernwärme

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8300, Raumordnung und Vermessung

Antrag 33a. **Minderheitsantrag Monika Spring, Willy Furter, Thomas Hardegger, Ueli Keller, Roland Munz, Eva Torp, Peter Weber (KPB)**

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 10'638'100

neu: Fr. 11'028'100

Verschlechterung: Fr. 390'000

San04.266, 269

Keine Reduktion der Mittel für die Umsetzung der vollnummerischen Vermessung.

Antrag 34a. **Minderheitsantrag Monika Spring, Willy Furter, Thomas Hardegger, Ueli Keller, Roland Munz, Eva Torp und Peter Weber (KPB)**

Ausgaben Investitionsrechnung

alt: Fr. 3'200'000

neu: Fr. 3'700'000

Verschlechterung: Fr. 500'000

San04.266

Keine Reduktion der Investitionen in die vollnummerische Vermessung und Erhöhung der Kostendeckung.

Hans Frei (SVP, Regensdorf), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Ich spreche für die Mehrheit der KPB, die die Minderheitsanträge ablehnt.

Der Antrag bezieht sich auch auf die Sanierungsmassnahmen San04.266 und 269 und ist von der Mehrheit bereits aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt. Es scheint unter den gegebenen finanziellen Voraussetzungen machbar, dass der Abschluss der laufenden Projekte der vollnummerischen Vermessung durch das etwas verzögert wird. Wir konnten aber ebenso feststellen, dass das Projekt in diesem Massnahmenkatalog weitgehend vorangeschritten ist. Das Projekt ist heute auf einem Stand, dass es bereits früher abgeschlossen werden könnte.

In diesem Sinn sind die Anträge nicht zu unterstützen, weil wir überzeugt sind, dass das Projekt trotzdem rechtmässig abgeschlossen werden kann.

Monika Spring (SP, Zürich): Vollnummerische Vermessungsdaten sind heute für alle Planungsvorhaben unverzichtbar, seien es nun öffentliche oder private Projekte. Heute sind aber erst 60 Prozent der Arealfläche des Kantons Zürich in digitaler Form vermessen und zentral gespeichert. Für das E-Government, für die Behandlung von Baugesuchen, vor allem aber für den speditiven Ausbau des GIS (geografisches Informationssystem) ist die rasche Vervollständigung der vollnummerischen Vermessungsdaten unabdingbare Voraussetzung.

Diese Sparmassnahme bedeutet eine Verzögerung bei der Realisierung der vollnummerischen Vermessung um drei bis vier Jahre. Das heisst, dass für gewisse Areale die Vermessungsdaten in digitaler Form erst 2012 zentral abrufbar sein werden.

Die andere Hälfte dieses Antrags betrifft das geografische Informationssystem des Kantons Zürich. Vor gut zehn Jahren wurde mit dem Aufbau des GIS begonnen. Inzwischen ist dieses Arbeitsinstrument für zahlreiche Ämter nicht mehr wegzudenken. Einige von ihnen könnten ohne den Zugriff auf die Daten des GIS ihre Arbeit gar nicht mehr erledigen. Das GIS des Kantons Zürich wird aber nicht nur verwaltungsintern mit dem so genannten Intranet sehr häufig gebraucht, sondern es erfreut sich auch verwaltungsextern grosser Beliebtheit.

Diese Daten können ihre Qualität und ihren Wert aber nur dann behalten, wenn sie ständig aktualisiert und ergänzt werden. Da das ganze GIS-Datennetz ständig gewachsen ist und die EDV-Anforderungen komplexer geworden sind, steigt auch das Arbeitsvolumen. Diese Sparmassnahme führt dazu, dass das ursprüngliche Ziel, dass alle Mitarbeitenden auf die für ihre tägliche Arbeit nötigen Daten Zugriff haben, nicht mehr weiter verfolgt werden kann.

Sie bremsen mit dieser Sparmassnahme nicht nur die Einführung eines für viele Ämter grundlegenden Arbeitsinstruments, Sie verhindern damit auch eine Effizienzsteigerung und Verkürzung verwaltungsin-
terner Abläufe und Bewilligungsverfahren. Dass ausgerechnet die FDP, aber auch die Gewerbegruppe als selbst ernannte Vertreterin der KMU einem solch kontraproduktiven Sparantrag zustimmen, erstaunt schon sehr, werden damit doch zum Beispiel die viel gelobten koordinierten Bewilligungsverfahren massiv erschwert.

Wir bitten Sie, unserem Antrag 33a zuzustimmen.

Mit der Sparmassnahme 34a wird gut ein Drittel der Investitionen für die rasche Realisierung der flächendeckenden vollnummerischen Vermessung gestrichen. Bei der Kürzung der Investitionen geht es nun vor allem darum, dass bestimmte Kantonsteile nicht benachteiligt werden. Gestrichen werden hier nämlich die Mittel, die nötig sind, um die digitalen Vermessungsdaten bei den Geometern der verschiedenen Gemeinden zu bestellen. Während die Arealdaten der grossen Städte bereits heute vollständig vorhanden sind, fehlen zum Beispiel diejenigen vieler Gemeinden des Zürcher Ober- und Unterlandes. Von dieser Investitionskürzung sind demnach vor allem Vermessungsbüros in vielen Gemeinden betroffen.

Sie würden also gut daran tun, diesem Antrag zuzustimmen.

Willy Furter (EVP, Zürich): Im Amt für Raumordnung und Vermessung wurde vor wenigen Jahren das geografische Informationssystem aufgegleist. Es ist im heutigen Zeitpunkt überhaupt nicht sinnvoll, mittendrin stehen zu bleiben und die vollständige Umsetzung zu blockieren. Die volle Kostendeckung, die gefordert wird, ist nicht sinnvoll und im heutigen Zeitpunkt auch nicht durchführbar.

Ich empfehle Ihnen, die vorgesehene Reduktion nicht vorzunehmen und die vollnummerische Vermessung weiter voranzutreiben.

Abstimmung

Der Antrag 33a wird dem Antrag der KPB und der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 33a mit 92 : 74 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 10'638'100.

Abstimmung

Der Antrag 34a wird dem Antrag der KPB und der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 34a mit 94 : 71 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 3'200'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8400, Tiefbau

Ratspräsident Ernst Stocker: Der Minderheitsantrag 30d von Luzius Rüegg ist bereits bei der Leistungsgruppe 8000, Generalsekretariat, erledigt worden. Luzius Rüegg ist damit einverstanden.

Antrag 35-1 *Minderheitsantrag Reto Cavegn, Rita Bernoulli, Ernst Brunner, Heinrich Frei, Lorenz Habicher, Hanspeter Haug und Luzius Rüegg (KEVU)*

Ausgaben Investitionsrechnung

Entspricht Antrag Regierungsrat und Mehrheit FIKO

Antrag 35-2 Mehrheit KEVU

Ausgaben Investitionsrechnung

alt: Fr. 609'910'000

neu: Fr. 611'810'000

Der Betrag für die Vervollständigung des Velowegnetzes bis 2025 wird auf den gesetzlich verankerten Betrag von Fr. 10'000'000 (inklusive Landerwerb) erhöht. Da es sich um einen Antrag in der Investitionsrechnung handelt, hat er auf die Laufende Rechnung des Voranschlags 04 keine Auswirkung. Verschlechterung IR: Fr. 1'900'000.

Antrag 35-2 *Minderheitsantrag Stefan Feldmann, Martin Bäumle, Julia Gerber Rüegg, Regula Mäder-Weikart und Erika Ziltener*

Ausgaben Investitionsrechnung

Entspricht Mehrheitsantrag KEVU.

Sabine Ziegler (SP, Zürich), Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Zum Mehrheitsantrag 35-2 der KEVU zum Thema «Vervollständigung des Velowegnetzes»: Es liegt ein An-

trag vor, welcher vorsieht, 1,9 Millionen Franken zusätzlich zu sprechen. Diese Forderung ist lediglich die Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen, welche wir Ende 2000 mit der Volksabstimmung bestätigt bekommen haben. Jährlich sind 10 Millionen Franken im Bereich Planung, Bau und Unterhalt des Velowegnetzes zu machen. Die Mehrheit der KEVU will diesem gesetzlichen Auftrag folgen. Es sieht aber so aus, dass die Finanzkommission dem Minderheitsantrag folgt. Wenn dies passiert, muss ich klar und deutlich sagen, dass es sich hier effektiv um eine Gesetzesänderung handeln würde und dass wir die Einhaltung der Gesetze nicht mehr vollziehen werden mit diesem Budget. Das ist problematisch.

Es ist so, dass sich die Ausgaben beim Velowegnetz in den letzten Jahren überhaupt verkleinert haben. Ich habe die Zahlen, dass die Rechnung 2001 noch 15,1 Millionen Franken, die Rechnung 2002 mit 10,5 Millionen Franken und die Rechnung 2003 mit 10,6 Millionen Franken abrechnet. Jetzt sind wir bei 8,1 Millionen Franken. Es wird also sukzessive weniger Geld für die Vervollständigung der Velowege ausgegeben. Baudirektorin Dorothée Fierz wird mich unterstützen, dass der Velowegbau kein Luxusbau ist. Er wird dort gemacht, wo wichtige Verbindungen, gerade auch Schulwegverbindungen, zu machen sind. Es geht wirklich um die Sicherheit der schwächsten Teilnehmer des Strassenverkehrs und hauptsächlich auch um die Sicherheit und Gesundheit unserer Jugend, die wirklich selbstständig mit dem Fahrrad zur Schule gehen will und soll.

Es ist vor zwei Wochen moniert worden, dass für die Velowege gar nicht genügend Projekte vorhanden sind. Das stimmt nicht. Wir haben ein Velowegkonzept. Darin steht ganz genau, welche Wege ausgebaut werden sollten und welche Landkäufe anstehen. Da hat es mehr als genug. Die gesetzlichen 10 Millionen Franken sind mehr als richtig ausgegeben. Der Mythos wegen der Ausbaustandards der Velowege schwebt herum. Das stimmt auch nicht. Da gibt es keine Luxusbauten, ganz im Gegenteil. Sowohl die KPB wie auch die KEVU haben sich da vor zwei Jahren gründlich informieren lassen. Es sind zweckmässige Bauten für die Zukunft und für die schwachen Mitglieder des Verkehrs.

Ich bitte Sie, dem Mehrheitsantrag der KEVU zu folgen und die Budgetverschlechterung um 1,9 Millionen Franken gutzuheissen.

Reto Cavegn (FDP, Oberengstringen): Die Mehrheit der KEVU will 1,9 Millionen Franken mehr in die Velowege investieren, egal, ob Projekte da sind oder nicht. Sabine Ziegler, da nützt auch ein präsidiales Votum nichts. Es gibt keine Projekte, die mit den 1,9 Millionen Franken mehr finanziert werden könnten. Es ist unbestritten, der Kanton Zürich ist verpflichtet, jährlich 10 Millionen Franken in Velowege zu investieren. Das stellen wir auch mit unserem Minderheitsantrag nicht in Frage. Die KEVU-Mehrheit vergisst aber, dass der Kanton Zürich im Fünfjahresschnitt den 10 Millionen Franken jährlich für Velowege locker nachkommt. Wenn Velowegprojekte vorliegen, dann wird gebaut. Hier liegt kein Nachholbedarf vor. In den vergangenen Jahren wurden Jahresinvestitionen von 13 Millionen Franken problemlos toleriert. Es kam niemandem in den Sinn, auf 10 Millionen Franken zu kürzen.

Ich halte fest: Der Schnitt von 10 Millionen Franken über die vergangenen und auch die geplanten Jahre stimmt. Es kann nur Geld für geplante und auch projektierte Projekte ausgegeben werden. Darum fordere ich Sie auf, zusammen mit der FDP-Fraktion den Minderheitsantrag der KEVU, das heisst dem Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrates zuzustimmen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Die SP-Fraktion beantragt Ihnen, der KEVU zu folgen und den Radwegkredit um 1,9 Millionen Franken aufzustocken.

Die Zeiten sind vorbei, als Velo fahren ein revolutionärer Akt war. Deshalb können wir uns auch eine Volkswirtschaftsdirektorin, die aktiv Velo fährt, sehr gut vorstellen. Seitdem Freddie Mercury die Tour de France der Frauen verewigte, ist Velo fahren auch kulturell kein subversiver Tatbestand mehr.

Am 24. September 2000 hat das Zürcher Volk den Radwegkredit bestätigt und eine gegensätzliche Änderung des Strassengesetzes abgelehnt. Damit müssen im Jahresrhythmus 10 Millionen Franken ausgegeben werden, um das Radwegnetz fertig zu stellen.

Die SP ist nicht immer glücklich mit der Prioritätensetzung beim Ausbau des Velowegnetzes, insbesondere ist das Umsteigepotenzial vom Auto auf das Velo im Pendler- und Freizeitverkehr wahrscheinlich in den letzten Jahren stets unterschätzt worden. Man hat sich auf die Priorität Schulwege im ländlichen Raum kapriziert.

Der KEF (Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan) – damit kann ich eine Behauptung von Reto Cavegn widerlegen – zeigt, dass auch in den nächsten Jahren die 10 Millionen Franken nicht eingehalten werden. Sie können das nachlesen. Es sind jedes Jahr 5,5 Millionen Franken plus Landerwerb. Wir sind informiert worden, das seien etwa 2,5 Millionen Franken. Wir betrachten das in der Sache als falsch und gegenüber dem zwar knappen, aber doch unumstrittenen Volkssentscheid, der erst drei Jahre zurückliegt, als respektlos. Baudirektorin Dorothee Fierz wird uns wahrscheinlich gleich erklären, dass via Städte Zürich und Winterthur, wenn man dort die Abgrenzung sehr grosszügig macht und notabene für die KEVU nicht transparent, dass dann die 10 Millionen Franken irgendwie eingehalten seien.

Wir sind enttäuscht, dass da keine Transparenz geschaffen wurde. Wir glauben diesen Zahlen erst, wenn wir sie sehen. Die KEVU hält deshalb zu Recht am Antrag fest, längerfristig diese 10 Millionen Franken immer einzuhalten, wobei es klar ist, dass das im einen Jahr einmal 8 und im anderen vielleicht 12 Millionen Franken sein können, aber nicht dauerhaft über eine KEF-Periode immer nur 5,5 Millionen Franken oder mit Landerwerb zirka 8 Millionen Franken.

Wir beantragen Ihnen, den Kommissionsantrag zu unterstützen.

Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon): Womit wir wieder einmal bei den Radwegen wären! Wie wenn wir da nicht schon oft gewesen wären.

Ruedi Lais, ich bin natürlich schon mit dem Velo in die Lehre gefahren, als Sie noch nicht einmal recht wussten, was ein Velo ist. Ich fahre immer noch Velo.

Dass die SP-Delegation in der KEVU unter der Führung von Esther Arnet durch die Zahlen im Voranschlag 2004 zu diesem Konto aufgeschreckt wurde, das ist soweit verständlich. Unverständlich für mich ist jedoch, dass die Baudirektion von der bisherigen Praxis abweicht und plötzlich Zahlen aufschreibt, die den Landerwerb nicht mehr einhalten. Es scheint mir, hier habe die Baudirektion in einem doch sehr heiklen Bereich zu wenig Fingerspitzengefühl gezeigt und damit diesen Aufruhr quasi herbeigeschrien. In der Kommission zeigte die Baudirektorin allerdings auf, dass im Durchschnitt über mehrere Jahre der gesetzte Auftrag mit 11 Millionen Franken sogar weit überschritten wird. Es ist daher völlig unverständlich, dass die Linken inklusive dem Vertreter der CVP diesen Antrag überhaupt stellen. Ich denke, dies wird wider besseres Wissen getan.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen völlig unnötigen Antrag abzulehnen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Geschätzte Chefbeamtinnen und Chefbeamte der Baudirektion auf der Tribüne, ich lade Sie recht herzlich ein in diese Diskussion. Es ist interessant, dass man Zeit findet, uns hier zu folgen.

Zu Ruedi Lais: Ihre Fraktion lehnt seit Jahr und Tag die Einlage in den Strassenfonds ab. Woraus werden die Radwege finanziert? Aus demselben Strassenfonds. Sie können nicht auf der einen Seite die Einlage in den Strassenfonds verweigern und auf der anderen Seite Velowege verlangen. Reto Cavegn hat ganz klar gesagt, dass es im Schnitt im Mittel stimmt. Der Rest liegt bei Ihnen. Würden Sie einmal einer Einlage in den Strassenfonds zustimmen, dann könnten man auch vermehrt Radwege bauen. Auch die Radwege würden profitieren.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich muss Ihnen leider nach bald zwölf Jahren hier drin wieder einmal festhalten, dass fast alle Fraktionen einem grösseren Irrtum unterliegen und immer von den 10 Millionen Franken sprechen. Faktisch sind diese mit 10 Millionen Franken indexiert. Es steht in Paragraf 28 Absatz 2 des Strassengesetzes, dass jährlich 10 Millionen Franken im Voranschlag einzustellen sind. Die Summe verändert sich gemäss Entwicklung des zürcherischen Baukostenindex, eingeführt Dezember 1986. Wir wären als heute bei rund zirka 13 bis 14 Millionen Franken. Ich habe dies hier drin vor rund zwölf Jahren alt Regierungsrat Eric Honegger schon einmal gesagt. Es ist wichtig, dass im Protokoll wieder einmal festgehalten ist, dass wir uns absolut gesetzwidrig verhalten, unabhängig davon, ob Projekte da sind oder nicht. Von 10 Millionen Franken zu sprechen, ist schlicht falsch.

Thomas Weibel (Grüne, Horgen): Die rechtlichen und finanziellen Grundlagen hat Martin Bäumle eben erläutert. Es ist meines Wissens das erste Mal, dass in diesen Kosten auch die Landkosten eingerechnet werden. Früher waren die immer im Topf dieser 10 Millionen Franken, die eigentlich indexiert hätten sein sollen, enthalten. Wie wir bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht haben, ist es unbedingt notwendig, dass wir das Velonetz als Netz mit zusammenhängenden

Routen bauen und so die Veloverbindungen tatsächlich attraktiv machen und wegkommen von der aktuellen Handlungsweise, dass man bei ohnehin anstehenden Strassensanierungen im Kreuzungsbereich noch ein paar Franken für das Velo ausgibt.

Ich bitte Sie, den Mehrheitsantrag der KEVU zu unterstützen.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Bei diesem Antrag geht es um ein «Signälchen» psychologischer Art. Für die CVP ist ganz klar: Der Volksentscheid gilt, ob jetzt etwas in den Strassenfonds eingelegt wird oder nicht. Ich bin sehr froh, dass Martin Bäumle darauf hingewiesen hat, dass wir da eine Indexierung haben. Das sollten wir auch in der KEVU zur Kenntnis nehmen.

Es ist auch unbestritten, dass Schwankungen mal drüber mal drunter möglich sind. Aber, im KEF würde man von dieser bewährten Praxis abweichen. Das ist das Problem. Darum das kleine Signal an die Baudirektorin.

Nun ein heikles Präjudiz, das geschaffen werden könnte: Es würde nämlich von den Baupauschalen an die Städte Winterthur und Zürich eine Scheibe abgeschnitten und dem Velokredit von 10 Millionen Franken indexiert angerechnet. Ich glaube, das entspricht nicht den Materialien der damaligen Abstimmung.

Roland Munz (SP, Zürich): Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Vorstandsmitglied des Branchenverbands der schweizerischen Fahrradkurierunternehmen und möchte mich gleich in dieser Eigenschaft äussern. Für unsere Branche sind die Fahrradwege nicht vorranglich. Wir sind Profis. Wir können auch sicher auf einer Strasse fahren. Hingegen sind die Investitionen im Radwegbau um so wichtiger, nicht für die Profivelofahrer, sondern für die Kinder, für die Schulwegsicherung. Hier müssen wir ein wichtiges Zeichen setzen. Hier müssen die Schulwege rasch sicher gemacht werden. Es geht nicht einmal unbedingt nur darum, ob bis ins Jahr 2025 oder 2027 das Radwegnetz komplett ist. Nein, unter Berücksichtigung der geplanten Radwegbauten auch entlang kommunaler Strassen muss bis zur Erstellung des gesamten regionalen Radwegnetzes mit einem Zeitbedarf von rund 100 Jahren gerechnet werden. Dies sage nicht ich, sondern das ist ein wörtliches Zitat aus einem Bericht des Regierungsrates aus dem

Jahr 2000. Unter diesem schon skandalös langsamen Vollzug des gesamten Radwegnetzausbaus halte ich eine weitere Verzögerung, wenn wir nochmals unter die 10 Millionen Franken pro Jahr gehen, für den Skandal der Skandale schlechthin.

Deshalb ersuche ich Sie ganz dringend, die Aufstockung, wie sie die KEVU beantragt, zu vollziehen, damit zumindest der ohnehin schon langsame Ausbau des Radwegnetzes doch wenigstens in diesem langsamen Tempo vorangebracht wird. Wenn ich den Link zum so genannten Schnellverkehr mache – das Vervollständigen des Autobahnnetzes beispielsweise ist laut KEF bis 2018 vorgesehen –, da kann es doch nicht angehen, dass man mit den Radwegen, welche Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer bieten, zuwartet.

Reto Cavegn muss ich entgegnen. Es ist nicht so, dass keine Projekte vorhanden wären. Es kann bloss nicht projektiert werden, wenn wir die nötigen Mittel dazu nicht bereitstellen. Das Radwegkonzept sieht sehr viele verschiedene Radwege vor. Man muss sie halt projektieren. Dann kommen die ausführungsfähigen Projekte schon. Das braucht aber Geld.

Deshalb bitte ich Sie ganz dringend, dem Antrag der KEVU Folge zu leisten.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Ich habe ein gewisses Verständnis für die Kritik und auch den Ärger. Mit den vorgesehenen Mitteln für das Jahr 2004 fallen wir tatsächlich knapp unter den Mehrjahreschnitt. Ich darf Ihnen aber hier zuhänden des Protokolls versichern, wie ich es schon in der Kommission getan habe, dass sich der Regierungsrat und auch ich als Baudirektorin nicht auf dem kalten Weg vom gesetzlichen Auftrag, den wir haben, verabschieden, das Radwegnetz mit dem jährlich vorgesehenen finanziellen Mitteleinsatz zu bauen. In diesem Zusammenhang haben wir der vorberatenden Kommission auch zugesichert, dass wir den KEF so anpassen werden, dass wir in den kommenden Jahren dem gesetzlichen Auftrag gerecht werden können. Ich versichere Ihnen, dass wir die notwendigen ausführungsfähigen Projekte haben werden. Das heisst aber nicht, dass Sie heute den Voranschlag 2004 um 1,9 Millionen Franken verschlechtern sollten, um ein Zeichen zu setzen. Ich denke, meine Äusserung in der vorberatenden Kommission und meine heutige Zusage zuhänden des Protokolls, sind ein Zeichen, das zu Gunsten des gesetzlichen Auftrags und des Radwegbaus im Kanton Zürich gesetzt wird.

Abstimmung (Die Mehrausgaben unterstehen der Ausgabenbremse.)

Der Minderheitsantrag 35-2 wird dem Antrag 35-1 der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag 35-1 mit 87 : 73 Stimmen zu. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 609'910'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8500, Awel

Antrag 36a. *Minderheitsantrag Esther Arnet, Peter Anderegg, Marcel Burlet, Gerhard Fischer (in Vertretung von Kurt Schreiber), Ruedi Lais, Thomas Weibel und Sabine Ziegler (KEVU)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 78'623'700

neu: Fr. 80'223'700

Verschlechterung: Fr. 1'600'000

Anstelle der vorgesehenen 1200 Altlastenverdachtsflächen werden total 2200 (zusätzliche 1000) in den Kataster der belasteten Standorte überführt. Die Altlastenverordnung des Bundes schreibt vor, dass die Kantone die Kataster bis 31. Dezember 2003 erstellt haben müssen. Da verschiedene Kantone in Verzug sind, stellt der Bund einen finanziellen Anreiz für jene Kantone in Aussicht, die den Kataster bis Ende 2005 fertiggestellt haben. Man rechnet mit einer «Prämie» von Fr. 500 pro Fläche.

Esther Arnet (SP, Dietikon): In 15 Tagen ist nicht Weihnachten, in 15 Tagen läuft die Frist für die Überführung des Altlastenverdachtsflächenkatasters in den neuen Kataster der belasteten Standorte ab. Der Bund verpflichtet alle Kantone, einen solchen Kataster zu erstellen, und zwar bis zum 31. Dezember 2003. Was macht der Kanton Zürich in dieser Vorkatasterzeit? Er geht gemächlich an die Sache und stellt in Aussicht, den neuen Kataster am Sankt Nimmerleinstag fertigzustellen. Man spricht vom Jahr 2009, 2012, vielleicht auch noch später. Das ist aus folgenden zwei Gründen nicht zu verantworten. Erstens: Die Grundeigentümer haben ein berechtigtes Interesse zu wissen, ob ihr Grundstück ein belasteter Standort ist, ob es in diesen Kataster gehört oder nicht. Zweitens: Übermorgen, nämlich am 18. Dezember 2003 berät der Nationalrat die Parlamentarische Initiative Peter Baumberger. Es sieht sehr stark danach aus, dass es mit dieser Bera-

tung der Parlamentarischen Initiative eine neue Finanzierung des Bundes geben wird. Der Bundesrat beantragt nämlich, den Kantonen pro Standort 500 Franken pauschal für die Überprüfung dieser Standorte zu bezahlen, aber nur dann, wenn bis am 31. Dezember 2005 der Kataster erstellt ist und den Inhabern die Gelegenheit gegeben wurde, zur Aufnahme in diesen Kataster Stellung zu nehmen. Im Kanton Zürich haben wir 13'000 Standorte, die überprüft werden müssen. Rund 2000 sind bisher überprüft worden. Ich bin sehr gespannt, wie Sie begründen wollen, dass Sie, geschätzte Damen und Herren der FDP und der SVP, auf den Betrag von 6,5 Millionen Franken, den das etwa ausmachen würde, verzichten wollen. Viel interessanter finde ich aber, wie Sie den Grundeigentümern in diesem Kanton erklären wollen, warum Sie deren Interessen nicht wahrnehmen. Ihre Kolleginnen und Kollegen in Bern haben nämlich längst verstanden, dass es bei diesen Kataster nicht in erster Linie um ökologische Anliegen, sondern massgeblich um Interessen der Grundeigentümer geht. Irgendwann, ich bin zuversichtlich, werden Sie es wahrscheinlich auch verstehen. Nur ist es dann zu spät für die Bundesbeiträge. Das finde ich bedauerlich.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Die Stellungnahme von Esther Arnet tönt bei einem, der momentan mit einem kleinen Anbauprojekt genau von dieser Problematik betroffen ist, dass wir immer noch unter dem Altlastenverdachtsflächenkataster leiden, wie ein Hohn. Wir haben im Moment sehr viele solcher Liegenschaften, die überhaupt nicht dorthin gehören. Es kann gar keine Rede davon sein, dass es in Zukunft, wenn die Umwandlung fertig ist, mehr solche Liegenschaften hat, sondern es werden sehr viel weniger sein. Der Kanton Zürich ist seinerzeit viel weitergegangen und hat statt nur eines Altlastenkataster einen Altlastenverdachtsflächenkataster erstellt. Das kann ganz sicher nicht der Grund sein, dass man einen Kanton, der weitergegangen ist, als der Bund vorgeschrieben hat, in dieser Art und Weise finanziell behandelt. Ich möchte noch sehen, ob dies unsere Baudirektorin in Bern nicht so durchbringt, dass dies auch für die Liegenschaftensbesitzer richtig läuft.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Zum ersten Argument von Esther Arnet: Der Bund selbst hält diese Frist nicht ein. Seine Standorte, vor allem beim VBS oder bei den SBB sind auch nicht abgeklärt. Sie werden auch nicht innerhalb der Frist abgeklärt.

Zum Zweiten ist zu sagen, dass wir Beamte hatten, die sehr eifrig Verdachtsflächen gesammelt haben. Diese Beamten werden jetzt sehr eifrig die Verdachtsflächen in einen Kataster der belasteten Standorte überführen. Das dauert seine Zeit. Jetzt müssen diese Beamten ihre Suppe auslöffeln. Wenn es länger dauert als vorgesehen, dann dauert es länger.

Zu Ihrem Argument der Prämie des Bundes von 500 Franken pro Fläche: Es ist für den Kanton ein Trost, wenn man sieht, dass eine Abklärung bei den meisten Flächen, wenn sie belastet sind, mehr als 500 Franken kostet. Sie machen da ein Angebot wie ein globaler Unternehmer, der sagt, nimmt zwei, ich gebe dir eins gratis dazu. Dann hat man die doppelten Kosten bezahlt. Das Gratisprodukt ist nichts wert. Dieses Angebot ist ein Lockvogelangebot des Bundes, damit die Kantone – es gibt Kantone, die sich in dieser Frage noch gar nicht bewegt haben – sich endlich bewegen. Der Kanton Zürich ist vorbildlich in der Art und in der Genauigkeit der Abklärung. Mit der Anzahl der überführten Standorte müssen wir uns begnügen, weil die finanziellen Mittel nicht für mehr ausreichen.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Monika Spring (SP, Zürich): Lorenz Habicher, Sie täuschen sich gewaltig. Es sind nicht Beamte, die diesen Kataster der belasteten Standorte erstellen, sondern diese Arbeit wird in Lose aufgeteilt und nach einer Submission an private Ingenieurbüros abgegeben.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Esther Arnet, auch wenn Sie 10 oder 20 Millionen Franken mehr Auslagen beantragen würden, die Frist kann so oder so nicht eingehalten werden. Auch der Personalbestand in der Bauverwaltung könnte nicht mehr bewältigen als das, was die Regierung an Auslagen vorgeschlagen hat. Sie haben gesagt, der Kanton Zürich sei gemächlich. Schauen Sie die anderen Kantone an. Die stehen noch völlig still. Vergleichen Sie vielleicht auch einmal mit dem Ausland. Dann sehen wir, dass die Schweiz auch in diesem Bereich den höchsten Standard hat. Das ist etwas, was wir generell hinterfragen müssen.

Ich bringe drei Zahlen. Von den belasteten Standorten im Verdachtsflächenkataster sind 6000 Ablagestandorte. Wenn nicht irgendein Notfall ist, dann könnte man ruhig etwas zuwarten. Es sind 6000 Betriebsstandorte. Dort besteht die Priorität. Wenn man genau schaut,

welche Betriebsstandorte zuerst angeschaut werden sollten, dann wären es jene, bei denen der Erschliessungsgrad gut ist und bei denen in den nächsten Jahren zum Beispiel investiert werden könnte. Die Prioritätensetzung müsste vielleicht ein bisschen ändern. Mit Geld allein ändern Sie aber ganz sicher nichts an dieser Politik, die sich schon ein bisschen eingespielt hat, dass man auf die Prioritäten schaut.

Roland Munz (SP, Zürich): Lieber Lorenz Habicher, ich verstehe Sie nicht. Das ist zwar nicht das erste Mal, aber es sind tatsächlich nicht irgendwelche Beamte, die hier irgendeine Suppe auslöffeln müssen, sondern es sind Beamte, die Sie wegsparen wollen, die dafür sorgen sollten, würden sie nicht eingespart, dass der Verdachtsflächenkataster möglichst rasch in einen Kataster der belasteten Standorte überführt werden könnte. Falls überhaupt jemand irgendeine Suppe auslöffeln muss, dann wären es die Grundeigentümer. Diese haben als Einzige tatsächlich ein vitales Interesse daran, möglichst rasch Klarheit zu haben. Den Beamten kann es gelinde gesagt eigentlich Wurst sein, ob es ein paar Jahre schneller geht oder nicht. Ihre Klientel ist es, die die Suppe auslöffeln müsste.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Es ist wirklich eine Jekami-Übung. Die Einträge in den Verdachtskataster sind gemacht worden, ohne dass im Regelfall die Hauseigentümer informiert worden sind. Sie haben es zufällig erfahren, wenn sie die Liegenschaft verkauften und dann nachgefragt haben, ob dies tatsächlich ein Eintrag sei oder nicht. Der Eintrag ist nicht einfach gemacht worden, weil man wusste, dass da eine chemische Fabrik war oder sonst was Verrücktes. Aufgrund eines möglichen Mietvertrags oder Handelsregistereintrags ist gesagt worden, die Firma heisst Meier Elektronik. Da besteht ein Verdacht. Dies wurde eingetragen. So wurde mit Leuten gearbeitet, die damals schon überflüssig waren.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Es ist nicht richtig, dass der Verdachtsflächenkataster hinter dem Rücken der Grundeigentümer erstellt worden ist...

Theo Toggweiler (SVP, Zürich) schnellst höchsterregt vom Sitz hoch und schreit in Mundart: Doch, Ihr musstet es zugeben!

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Theo Toggweiler, ich gehe davon aus, dass Sie Ihr Votum abgeschlossen haben und ich weitersprechen darf.

Der Verdachtsflächenkataster wurde öffentlich aufgelegt. Er wurde aufgrund der vorhandenen Daten aufgearbeitet, auch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Es liegt nun im Interesse der Grundeigentümer, dass dieser Verdachtsflächenkataster möglichst rasch in einen Altlastenkataster überführt werden kann. Dass der Kanton Zürich ein Industriekanton ist, das ist eine Tatsache. Das können wir beklagen oder wir können stolz darauf sein. Tatsache ist, dass der Kanton Zürich grosse Flächen hat, die belastet sind. Es ist nun unsere Aufgabe aufzuzeigen, welche Flächen sanierungsbedürftig sind, damit Folgeschäden verhindert werden können, welche Flächen nur beobachtet werden müssen und welche dann tatsächlich aus dem Verdachtsflächenkataster entlassen werden können. Dieses Projekt muss vorangetrieben werden. Es wäre im Interesse von uns allen, dass wir dieses Projekt möglichst bald abgeschlossen hätten. Im Rahmen der Prioritätensetzung, wie wir es auch bei den Investitionen im Hochbauamt und beim Tiefbauamt machen müssen, müssen wir auch hier beim Awel das Projekt verzögern. Persönliche bedaure ich das sehr und die Regierung ebenfalls. Aber in Zeiten knapper Mittel müssen wir diese Projekte zeitlich strecken.

Nun dürfen wir aber nicht der Illusion verfallen, dass wir mit dem zusätzlichen Aufwand von 1,6 Millionen Franken, der beantragt worden ist, dieses Problem lösen würden. Auch wenn der Bund einen Anreiz geschaffen hat mit einem Beitrag von 500 Franken pro Standort, damit das gesamte Projekt inklusive Stellungnahme der Grundeigentümer bis 2005 fertiggestellt ist, erreichen wir das Ziel nie. Da müssen wir uns gegenüber ehrlich sein und bleiben und nicht ein X für ein U vormachen. Lassen wir die 1,6 Millionen Franken bleiben. Verfolgen wir den Zeitplan, den wir jetzt erstellt haben, den wir der KEVU auch transparent dargelegt haben und verfallen wir nicht der Illusion, dass wir beim Bund Geld abholen könnten. Wir werden nie berechtigt sein, denn bis 2005 haben wir den Auftrag mit 13'000 Standorten unmöglich erfüllt.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Regierung die Stange zu halten.

Abstimmung

Der Antrag 36a wird dem Antrag der KEVU und der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 36a mit 93 : 71 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 78'623'700.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Antrag 37a. *Minderheitsantrag Ruedi Lais, Peter Anderegg, Esther Arnet, Marcel Burlet, Gerhard Fischer (in Vertretung von Kurt Schreiber), Thomas Weibel und Sabine Ziegler (KEVU)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 78'623'700

neu: Fr. 80'473'700

Verschlechterung: Fr. 1'850'000

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Beim Awel beantrage ich Ihnen namens der Minderheit der KEVU drei Dinge. Erstens: Der Unterhalt unserer Fliessgewässer soll gemäss den Anforderungen des Bundes weitergeführt werden. Die von der KEVU-Mehrheit beantragte Streichung von acht Stellen oder 15'000 produktiven Stunden sowie 2 Millionen Franken Investitionen beim Gewässerunterhalt sollen nicht stattfinden. Unsere Flüsse und Bäche verdienen weiterhin eine professionelle Pflege, um ihre Funktion als Lebensraum einer vielfältigen Fauna und Flora als Erholungsraum und als Hochwasserspeicher erfüllen zu können. Die spargläubige Mehrheit hat sich keine Stunde an den Gewässern unterhalten und die Unterhaltsequipen bei ihrer Arbeit verfolgt. Bereits eine kleine Überschwemmung oder der Einsturz eines Strassen- oder Brückenstücks können ein Mehrfaches an Schaden verursachen als die 3,4 Millionen Franken pro Jahr, die hier durch die Vernachlässigung des Unterhalts nicht ausgegeben werden müssen. Wir müssen Sie auch hier daran erinnern, vernachlässigter Unterhalt heisst auch Schulden.

Zweitens verlangen wir, dass auf die Streichung von drei Stellen bei der Umweltbeobachtung verzichtet wird. Wenn jeder Mensch und sogar jeder bürgerliche Kantonsrat auf etwas angewiesen ist, dann ist es sauberes Wasser. Noch sind viele Bedrohungen, die unser hemmungsloser Verbrauch von Chemikalien und Pharmazeutika bewirkt, nur indirekt bekannt, zum Beispiel durch die begründete Vermutung, dass

der Fischotter in der Schweiz an Unfruchtbarkeit ausgestorben ist. Dasselbe Problem zeigt sich auch bei Fischarten. Es ist völlig falsch, hier eine Gesetzeslücke auszunützen, die die Beobachtung der Wasserqualität in unseren kantonalen Gewässern nicht klar regelt und damit als freiwillig erscheinen lässt. Der Sommer 2003 sollte uns allen ganz deutlich gezeigt haben, dass es neue Umweltrisiken gibt, bis hin zu Waldbränden, die wir früher nicht gekannt haben.

Wir mahnen hier zur Vorsicht und beantragen Ihnen deshalb, die Kürzung beim Vollzug des Gewässerschutzgesetzes um 5000 produktive Stunden, drei Stellen oder 450'000 Franken in der Laufenden Rechnung rückgängig zu machen. Sollte diese Kürzung dennoch vollzogen werden, appellieren wir an die Gemeinden, sich freiwillig um die Qualität der wichtigsten Umweltgüter zu kümmern, wenn der Kanton sie vernachlässigen muss und ihre Bevölkerung und die Natur vor langfristigen Schäden zu bewahren.

Drittens: Seit dem 1. Juni 2003 ist der neue Paragraf 16 des Kantonalen Energiegesetzes in Kraft. Er verspricht Anstrengungen des Kantons zu Gunsten von Investitionen im Bereich der Energieplanung der Gemeinden, des Energiesparens und der Rückgewinnung von Energie sowie der erneuerbaren Energien. Vom Bund werden nach Artikel 15 des eidgenössischen Gesetzes Globalbeiträge daran ausgerichtet. Das ist der springende Punkt für unseren Antrag.

Die SP hält die Förderung von fortschrittlichen Technologien in diesem Bereich für volkswirtschaftlich notwendig und zukunftsfruchtig. In der börsenkotierten Wirtschaft, vor allem auch bei den Finanzinstituten und anderen, die sich am Quartalsresultat orientieren müssen, steht das Engagement zu Gunsten einer Umstellung unseres Energiehaushaltes immer mehr unter Druck. Der Staat muss daher den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft fördern.

Wir beantragen Ihnen, die kantonalen Beiträge um brutto 2,18 Millionen Franken aufzustocken. Damit – das ist der springende Punkt – werden Bundesbeiträge von 1 Million Franken ausgelöst und die Wirkung des kantonalen, hier investierten und nach unserer Meinung sehr gut investierten Steuerfrankens wird um 50 Prozent erhöht. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zum Minderheitsantrag.

Abstimmung

Der Antrag 37a wird dem Antrag der KEVU und der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 37a mit 88 : 76 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 78'623'700.

Antrag 38a.

Einnahmen Investitionsrechnung

alt: Fr. 9'418'200

neu: Fr. 10'418'200

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Ausgaben Investitionsrechnung

alt: Fr. 30'084'700

neu: Fr. 34'264'700

Verschlechterung: Fr. 4'180'000

San04.280, 281, 282

Der Unterhalt Wasserbau gemäss den Bundesanforderungen wird weiterhin aufrecht gehalten (8 Stellen weiterführen vom 2002). 8 Stellen + Unterhaltskosten = Fr. 1'400'000 (Laufende Rechnung) + Fr. 2'000'000 für Bauvorhaben (Investitionsrechnung). Indikator «Produktive Stunden Gewässerunterhalt»: + 15'000 Stunden; neu: 100'000 Stunden.

Die Umweltbeobachtung/das Umweltmonitoring wird beibehalten (3 Stellen). 3 Stellen + externe Analysekosten = Fr. 450'000 (Laufende Rechnung).

Indikator «Überwachung der Gewässer und Vollzug des Gewässerschutzgesetzes (h)» = + 5000 Stunden; neu: 110'000 Stunden.

Der folgende Teil des Minderheitsantrags betrifft nicht das Sanierungsprogramm: Es wird die maximale Ausschöpfung der Energiekredite beim Bund gemäss § 16 des Energie-G abgeholt, was sich mit einer Aufstockung von Fr. 1'180'000 in der Investitionsrechnung AWEL niederschlägt.

Damit der Rahmenkredit ausgeschöpft werden kann, sind die kantonalen Beiträge in der Investitionsrechnung um Fr. 1'180'000 zu erhöhen. Dadurch erhöhen sich die Globalbeiträge des Bundes um rund Fr. 1'000'000.

Abstimmung

Der Antrag 38a wird dem Antrag der KEVU und der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 38a mit 94 : 70 Stimmen ab. Der Budgetbetrag bei den Einnahmen der Investitionsrechnung beläuft sich auf Fr. 9'418'200, derjenige bei den Ausgaben der Investitionsrechnung auf Fr. 30'084'700.

Konto 8510, Sondermülldeponie Kölliken

Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Ratspräsident Ernst Stocker: Die Minderheitsanträge 30b und 30c wurden bereits in der Leistungsgruppe 8000 erledigt. Sie sind damit einverstanden.

Die Minderheitsanträge 15a und 15b waren in der Leistungsgruppe 5100 enthalten. Sie sind damit einverstanden.

Konto 8920, Strassenfonds

Ratspräsident Ernst Stocker: Der Minderheitsantrag 30d ist ebenfalls erledigt worden. Sie sind damit einverstanden.

Konto 8940, Denkmalpflegefonds

Konto 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen

Konto 8960, Deponiefonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Behörden und Rechtspflege

Konto 9000, Kantonsrat

Konto 9010, Verfassungsrat

Konto 9020, Finanzkontrolle

Konto 9070, Ombudsmann

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III. Unselbstständige staatliche Anstalten

Konto 9100, Beamtenversicherungskasse

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV. Selbstständige staatliche Anstalten

Konto 9600, Universität

Ratspräsident Ernst Stocker: Der Minderheitsantrag 26a von Matthias Hauser wurde bereits in der Leistungsgruppe 7401 behandelt. Sie sind damit einverstanden.

Konto 9700, Zürcher Fachhochschule

Ratspräsident Ernst Stocker: Die Minderheitsanträge 27a von Inge Stutz und 27b von Karin Maeder wurden bereits in der Leistungsgruppe 7406 behandelt. Sie sind damit einverstanden.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Rückkommensantrag

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Ich stelle Ihnen namens der SVP-Fraktion den Rückkommensantrag zu Konto 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen.

Abstimmung

Für den Antrag auf Rückkommen stimmen deutlich sichtbar mehr als 20 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 20 Stimmen erreicht. Rückkommen ist beschlossen.

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Schlechte Verlierer, werden Sie sagen, nachdem sich der Rat unter Namensaufruf mit 91 Stimmen gegen den Antrag der Finanzkommission entschieden hat, der eine Saldoverbesserung von immerhin 50,4 Millionen Franken bewirkt hätte.

Lassen Sie mich diesen Rückkommensantrag begründen. Alle hier Anwesenden haben sich dazu verpflichtet, bei ihrer Ratstätigkeit stets das Wohl des gesamten Kantons Zürich im Auge zu haben. Was darunter zu verstehen ist, definiert jeder und jede hier im Saal eigenstän-

dig oder mit Hilfe seiner oder ihrer Fraktion immer wieder neu. Über die politischen Schützengräben hinaus haben wir allerdings eine Verantwortung gemeinsam wahrzunehmen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, ein Budget zu verabschieden. Nachdem wir uns während sechs Sitzungen von verschiedenen Regierungsmitgliedern immer wieder anhören mussten, dass wir in diesem Saal beschliessen können, was wir wollen, dass die Regierung sowieso machen werde, was sie für richtig findet, ist es an der Zeit, dass wir damit beginnen, unsere Budgethoheit zurückzuerobern. Einen ersten Schritt in diese Richtung können Sie jetzt tun, indem Sie den Rückkommensantrag beziehungsweise den nachfolgenden Antrag unserer Finanzkommission unterstützen.

In weiteren Schritten werden wir wohl nicht darum herumkommen, neue, wirksamere Instrumente zu entwickeln, die unseren Einfluss im Budgetprozess wieder herstellen. Die Fraktion der SVP will ein Budget. Der Schlüssel dazu ist unter anderem Ihre Zustimmung zu den Querschnittsmassnahmen beim Aufwand. Ich beantrage Ihnen,

den Aufwand dem Antrag der Finanzkommission entsprechend um 50,4 Millionen Franken zu senken.

Es handelt sich pro Memoria um die Position 4950.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Sie haben diesen Antrag vor einer Woche schon einmal gestellt und die Abstimmung verloren; dies, weil Sie nicht alle Ihre Leute davon haben überzeugen können. Wir sind gespannt, was Sie in der Zwischenzeit mit denjenigen gemacht haben, die vor einer Woche nach ihrer Überzeugung gestimmt haben.

Sie verlangen nun eine zusätzliche Kürzung im Konto 4950. Offensichtlich machen Sie davon Ihre Zustimmung zum Budget abhängig. Das ist geradezu lächerlich. Es zeigt die Unglaubwürdigkeit Ihrer Politik mit aller Deutlichkeit auf, denn die Regierung hat schon vor einer Woche gesagt, dass sie 23 Millionen Franken dieser 50 Millionen Franken nicht ausgeben wird. Sie hat dies in der Zwischenzeit auch beschlossen. Die Regierung hat weiter schon vor einer Woche erklärt, dass sie allein darüber entscheiden kann, ob sie Beförderungen für das Personal bewilligt oder nicht. Eine Kürzung dieses Kontos ist auch kein Auftrag an die Regierung, Personal zu entlassen. Die Personalbestände haben Sie im Rahmen des Globalbudgets bereits bestätigt. Also

machen Sie, geschätzte Damen und Herren der SVP, Ihre Zustimmung zum Budget davon abhängig, ob Budgetkosmetik betrieben wird. 23 Millionen Franken wird der Regierungsrat nicht ausgeben und 27 Millionen Franken wird er ohnehin ausgeben. Also verändern Sie an den Tatsachen durch die Veränderung der Zahlen überhaupt nichts. Es geht Ihnen offenbar nicht darum, wirklich zu sparen. Es geht Ihnen einzig und allein darum, morgen oder in zwei Wochen behaupten zu können, Sie hätten die Budgetzahlen um 50 Millionen Franken verbessert. Dies ist nun Sparschwindel in Reinkultur. Das wird Ihnen die Bevölkerung nicht mehr abnehmen.

Vor zwei Wochen noch haben Sie erklärt, der Aufwand müsse um 350 Millionen Franken gesenkt werden, sonst würden Sie dem Budget nicht zustimmen. Inzwischen geben Sie sich mit Luft zufrieden.

Was aber das Unglaublichste an allem ist, ist die Tatsache, dass die FDP dieses unwürdige Spiel mitmacht und dass offenbar – nein, wir hoffen das nicht – die CVP dieses Spiel mitspielen wird. Wir hoffen wirklich nicht, dass sie es tut. Damit würden Sie sich, geschätzte CVP-Mitglieder, derart unglaubwürdig machen, dass wir uns nicht vorstellen können, dass Sie das tun. Noch vor einer Woche hat Urs Hany trotzig erklärt, er stimme, was ihm seine Überzeugung gebiete. Lucius Dürr hat erklärt, es seien falsche Zeichen, wenn der Kantonsrat für das Personal eine Nullrunde beschliesse, obwohl schon damals die Fakten klar waren, nämlich dass die Regierung 23 Millionen Franken nicht ausgeben wird und 27 Millionen Franken in eigener Kompetenz ausgeben kann. Wir bitten Sie deshalb, in dieser Abstimmung so zu stimmen, wie es Ihre Überzeugung ist und war vor einer Woche.

Es ist wirklich auch ein falsches Signal, wenn der Kanton Zürich nun beim Personal – etwas anderes können wir nicht sparen – eine Nullrunde durchführen möchte, obwohl in der Privatwirtschaft im Durchschnitt die Abschlüsse bei 1,4 Prozent Teuerung und Lohnerhöhungen liegen. Das hat das seco veröffentlicht. Ich habe sogar den Artikel hier.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen. Ich beantrage

Namensaufruf.

Es interessiert uns, wer innerhalb einer Woche seine Meinung ändert.

Beat Walti (FDP, Erlenbach): Die FDP muss keine Pirouette machen, um diesen Antrag zu unterstützen. Wir haben bereits in der Eintretensdebatte letzte Woche erklärt, dass wir zusätzlich zum Voranschlag der Regierung erhebliche Verbesserungen im Budget für nötig erachten, damit die Sanierung des Haushaltes auf die richtige Spur kommt. Wir haben damals gesagt, wir würden aus diesem Grund den Antrag der Finanzkommission unterstützen. Wir haben auch konkrete Ideen unterstützt, wo dies geschehen könnte. Sie haben aber richtig festgestellt, Dorothee Jaun, dass wir dafür letzte Woche keine Mehrheit gefunden haben.

Wir unterstützen heute den Antrag von Samuel Ramseyer nicht deshalb, weil wir diese Idee nochmals aufbringen wollen, sondern weil die Begründung durchaus eine andere sein kann. Es geht zwar nochmals um die 50,4 Millionen Franken. Allerdings haben wir bereits gehört, dass 23 Millionen Franken ohnehin nicht ausgegeben werden sollen. Also beträgt der Sparbeitrag, der hier geleistet werden soll, effektiv noch 27 Millionen Franken. Wo dieses Sparpotenzial realisiert werden soll, überlassen wir dem Regierungsrat. Er kann und soll Massnahmen ergreifen, die wir als Parlament gar nicht vorschlagen können, weil wir in operativen Fragen bei weitem nicht so kompetent sind wie der Regierungsrat. Wir kürzen deshalb diese Position auch bei der so genannten Portokasse 4950. Es kann durchaus eine Sammlung kleinerer und kleinster Beiträge sein. Es handelt sich nicht um den gleichen Antrag wie denjenigen, über den wir letzte Woche abgestimmt haben.

Wir profitieren heute auch davon, wenn wir das tun, dass die Regierung durch unsere Globalbudgetierung nicht zum Geldausgeben verpflichtet ist, sondern lediglich dazu ermächtigt. Die FDP unterstützt den Antrag, damit wir ein Budget haben. Wir empfehlen Ihnen, dasselbe zu tun.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich habe in der Eingangsdebatte klar gesagt, dass die CVP ein Budget will. Wir haben eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Diese nehmen wir wahr. Ich habe klar gesagt, dass wir in diesem Saal oft Scheinwelten aufbauen, indem die beiden Pole sinnlose, unerfüllbare Anträge stellen, die in der Regel abgeschmettert werden. Die Erfahrung hat uns einmal mehr belehrt, dass dies so ist. Wir haben auch klar gesagt, dass Abweichungen im

kleineren Umfang möglich sind, dass aber die Budgetvorgabe der Regierung ein tauglicher Weg ist. Auch das hat sich wieder bestätigt. Wir sind jetzt auf der Zielgeraden.

Die CVP hat sich überlegt, wie wir das Ziel, nämlich ein Budget zu haben, erreichen. Wir haben gesehen, dass eine gewisse Bandbreite vorhanden ist, in der wir uns bewegen können. Diese Bandbreite zeigt zwei Möglichkeiten auf. Eine Möglichkeit hat die SP hinter den Kulissen aufgezeigt. Die andere wurde jetzt von der SVP vorgelegt. Nach Abwägung aller Möglichkeiten haben wir gesehen, dass der sicherere Weg, um zu einem Budget zu gelangen, aber auch ein Weg, der akzeptabel ist, weil er vernünftig und begründbar ist, dass dieser Weg, wie er vorher dargestellt worden ist, der richtigere ist. Ich betone noch einmal, die CVP hat klar gesagt, dass wir gegen Giesskannenlohnerhöhungen in Form von Teuerungszulagen sind. Wir sind aber klar der Meinung, dass Beförderungen und leistungsorientierte Erhöhungen richtig und notwendig sind. Regierungspräsident Christian Huber hat uns klar und deutlich gesagt: Dieser Weg wird beschritten. Diese Gelder sind ausgegeben. Die Zusicherungen sind gemacht. Das heisst also, dass wir auf unserem Weg bleiben, indem nicht am Personal gespart wird. Wenn wir nun aber in einem Sammelkonto der Regierung die Möglichkeit einräumen, ja den Auftrag erteilen, hier, wenn es um Büroklammern und Radiergummis geht, gewisse Sparmöglichkeiten zu finden, dann ist dieser Weg vertretbar. So wird bei niemandem etwas weggenommen, das irgendwie nur mit Personal zu tun hat. Das müssen Sie einfach sehen.

Wenn Sie den Weg wählen wollen, kein Budget zu haben, auf die Gefahr hin, dass dann wirklich Leute leiden, insbesondere wegen Investitionen, die nicht stattfinden können, dass am Schluss Personalentlassungen im Gewerbe stattfinden müssen, dann ist das auch Ihre soziale Verantwortung. Dieser Weg ist beschreitbar. Es gäbe andere Möglichkeiten. Wir müssen uns aber an die Gegebenheiten und an die vorhandenen Mehrheiten halten. Deshalb stimmt die CVP diesem Antrag zu. Er ist sozial verträglich. Es wird niemand darunter leiden. Ich bitte Sie, diesem Antrag ebenfalls zuzustimmen.

Thomas Weibel (Grüne, Horgen): Samuel Ramseyer hat es ehrlich und offen gesagt. Diese symbolische Abstimmung dient nur der Mehrheitsbeschaffung für ein Budget. Wir haben eben von Lucius Dürri gehört, dass die CVP die Fronten gewechselt hat. Entsprechend wird die Abstimmung anders herauskommen als vor einer Woche.

Wenn die Damen und Herren der SVP mit diesem Pyrrhussieg – es wird kein Franken gespart – zufrieden sind, dann mag uns das recht sein. Es ist dann Ihr Budget. Sie von der SVP, der FDP und der CVP müssen dann auch dazu stehen und das Budget als Gesamtes annehmen.

Wir Grünen haben unsere Meinung nicht geändert und lehnen die Nullrunde für das Personal weiterhin ab. Bei den Mehrheitsverhältnissen für diese Abstimmung kann ich Ihnen jetzt schon sagen, dass wir auch das Gesamtbudget ablehnen werden.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Vorhin haben wir gehört, dass wir mit dem Budget eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung übernehmen. Das stimmt. Wir übernehmen aber auch Verantwortung für die Leute, welche beim Kanton arbeiten. Was die Regierung hier aufgrund der rechtlichen Verhältnisse, dass sie selber zuständig ist, vorschlägt, nämlich nur die Beförderungen zu gewähren, sei absolut in Ordnung, haben wir vorhin von Lucius Dürr gehört. Das gilt auch in der Privatindustrie. Wenn es dort schlecht geht, gibt es immer und immer wieder Beförderungen. Wenn ich mich an gewisse Beispiele aus der Privatindustrie erinnere, da die grössten «Pumpen» nachher noch mit Jahressalären abgefertigt worden sind, dann habe ich sehr stark Mühe mit dem Antrag, darauf zurückzukommen.

Wir brauchen ein bisschen Zeit. Wir schwatzen und tauschen unsere Argumente aus. Es gibt nochmals einen Namensaufruf. Mehr oder weniger kommt es auf das Gleiche heraus, so quasi im Sinn, das können wir dann vielleicht noch sagen, die Regierung mache ohnehin, was sie will. Nein, sie macht nicht, was sie will. Die Regierung hat ihre Vorgaben. Sie hält sich in dieser Beziehung an das Gesetz. Wir meinen, wir könnten da irgendetwas aufoktroyieren. Es ist ehrlicher zu sagen, dass man die Gesetze entsprechend zu ändern hat, damit wir dannzumal die Verantwortung dafür übernehmen. Auf diese Debatte freue ich mich heute schon, wenn wir hier im Kantonsrat darüber befinden, wie wir die Lohnpolitik mit dem Personal in der Kantonalen Verwaltung gestalten wollen. Das wird ein Fest geben. Sehr wahrscheinlich werden wir dann irgendwann im September die Lohnerhöhungen, wenn es überhaupt welche gibt, per 1. Januar des entsprechenden Jahres beschliessen.

Mir kommt die ganze Angelegenheit ein bisschen so vor, wie das Kind, das mit der Mutter bei der Kasse steht. Es sieht den «Zeltliständer» und will «Zeltli». Dann sagt die Mutter, nein, du kannst keine

haben. Dann wird halt «getäubelet». Wenn die Mutter hart ist und auf diese «Täubelei» nicht eingeht, dann gibt es keine «Zeltli» und es ist Ruhe. Wenn die Mutter nachgibt und nachsichtig ist, dann kommen die «Zeltlis». So kommt mir das ein bisschen vor.

Wir werden diesem Antrag sicher nicht zustimmen.

Marco Ruggli (SP, Zürich): Samuel Ramseyer, Sie haben mit dem Antrag den Vogel abgeschossen. Es handelt sich dabei um nichts anderes als um ein Placebo; ein Placebo für sich selbst, nämlich für die SVP. Wie Sie wissen, kommt Placebo von placere, gefallen. Die FDP und die CVP wollen der SVP gefallen, indem sie dem Staatspersonal eins an Bein geben. Ich kann nur sagen: Bravo, ich freue mich schon auf die nächsten Wahlen.

Bei der FDP kann man auch sagen: alle Jahre wieder. Letztes Jahr war es Balz Hösly, der gegen das Staatspersonal vom Leder gezogen ist. Heute die Unterstützung dieses Antrags.

Zur CVP: Sie steht für christlich, Nächstenliebe. Mit diesem Credo stünden Sie unserer Partei eigentlich recht nahe, da auch wir dem Solidaritätsgedanken verpflichtet sind. Aber Verlässlichkeit ist offenbar nicht Ihre Stärke. Vor einer Woche hielten Sie dem Personal noch die Stange. Jetzt fahren Sie einen Schmusekurs mit der SVP. Wenn man bedenkt, wie die SVP Ihre Bundesrätin Ruth Metzler aus dem Bundesrat gekippt hat und wenn man sieht, was wir da für ein Budget retten sollen, kann man Ihr Verhalten nur als schizophren und unterwürfig bezeichnen. CVP, wo ist Ihr Rückgrat?

Jetzt sollte ich eigentlich noch etwas gegen die SVP sagen. Aber, ich lasse das bleiben, da diese Partei sich mit der unsäglichen Witzkampagne gegen das öffentliche Personal beim Bundespersonalgesetz selber disqualifiziert hat. Mit so einer SVP lässt sich kein Staat machen.

Dieser unsinnige und finanziell wirkungslose Antrag könnte uns von der SP egal sein, wenn er nicht zugleich eine unnötige Provokation darstellen würde, eine Ohrfeige ans Personal. Dieses hat es nicht verdient, weil es immer noch gute Arbeit leistet, obwohl seit geraumer Zeit alle an ihm nur die Schuhe abputzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen da nicht mit. Wir wissen Leistung zu schätzen. Wir wollen einen leistungsfähigen Staat.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Die Grünen haben es relativ einfach. Unser Fraktionspräsident hat es gesagt. Es ist nicht unser Budget. Sie haben beim Naturschutz, beim öffentlichen Verkehr, beim Awel, bei den Krankenkassenverbilligungen und zum Teil bei der Bildung gespart. Heute geht es um ein Symbol links/rechts, ein Scheingegefecht. 50,4 Millionen Franken, davon werden 23 Millionen Franken nicht ausgegeben. Die anderen Franken wird der Regierungsrat trotzdem ausgeben. Mit anderen Worten wir diskutieren über ein Symbol. Die SP hat nun die Freude, dass sie als Linke dieses Symbol zum Anlass nehmen kann, das Budget abzulehnen und zu sagen, dies sei nicht mehr ihr Budget.

Die CVP verstehe ich ein bisschen. Sie ist die geprügelte Oppositionspartei, die jetzt versucht, den Regierungsrat zu retten, in dem sie gar nicht mehr vertreten ist. Es kommt mir ein bisschen vor, dass sie auf dem Sprungturm steht, einen doppelten Salto rückwärts mit Pirouette macht, nur ist kein Wasser drin.

Am meisten Freude habe ich eigentlich an der SVP. Die SVP will also nach einem symbolhaften Entscheid hier drin dem Budget zustimmen und hat die Verfassung wieder entdeckt. Das ist für mich die grösste Freude. Oder, ist das die SVP nach Bundesrat Christoph Blocher? Dann herrscht Freude.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Gemäss den Aussagen von Samuel Ramseyer und Beat Walti sollen irgendwo im Konto 4950 gut 27 Millionen Franken weniger ausgegeben werden. Wir sind enttäuscht, dass nun auch die FDP und vielleicht auch die CVP auf diese SVP-Manier einschwenken, nämlich zu kürzen ohne zu sagen, was sie denn wirklich kürzen wollen. Alle behaupten, das Personal sei es nicht. Aber mit Büroklammern und Radiergummis lassen sich wohl kaum 27 Millionen Franken einsparen.

Geschätzte CVP, ich verstehe, dass Sie ein Budget wollen. Aber Sie hätten die Alternative gehabt. Die Alternative wäre gewesen, zwei wesentliche Kürzungen, die für unsere Schülerinnen und Schüler in Volksschulen und Primarschulen wichtig sind, und eine wichtige Kürzung im Umweltschutz rückgängig zu machen. Dann wären wir bereit gewesen für dieses Budget. Wir lehnen das Budget nicht ab wegen dieses Luftantrags. Wir können das Budget, wenn dieser Antrag angenommen wird und kein weiterer Rückkommensantrag gestellt wird, deshalb nicht annehmen, weil es zu viele schmerzhaft Kürzungen drin hat. Wir wären bereit gewesen, diesem Budget zuzustimmen,

wenn die schmerzhaftesten rückgängig gemacht worden wären. Das habe ich allen schon lange klar mitgeteilt. Sie haben, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der CVP, eine Alternative. Ich hoffe darauf.

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Mit diesem Antrag soll der Ertrag im Konto 4950 um rund 50 Millionen Franken erhöht werden. Im Normalfall ist das Gegenkonto zur Kostenart 4950 als Aufwand in anderen Dienststellen oder vielleicht sogar dort, wo nach Globalbudget gearbeitet wird, zu finden. Per Saldo ist dies ein Nullsummenspiel. An einem Ort ist dies als anteilige Kosten zu verbuchen und beim Konto 4950 als Kostenminderung. Beim Antrag der Finanzkommission hat man schon etwas Konkretes gehabt. Man hat gesagt – ich bin zwar nicht in der Finanzkommission; ich kann mir aber die Überlegungen vorstellen –, überall beim Personalaufwand haben wir die Reduktion. Wie der Antrag jetzt aber formuliert wird, verstehe ich ihn als langjähriger Rechnungswesenleiter doch nicht ganz. Theoretisch kann die Regierung kommen und sagen, wir akzeptieren die 50 Millionen Franken. Alle sind zufrieden. Passieren tut gar nichts. Dann sind wir die «dindons de la farce», wie es auf französisch schön heisst. Das will ich natürlich nicht. Ich bin aber bereit zu helfen, damit heute am Schluss doch die Mehrheit zufrieden ist. Ich würde so weit gehen und sagen, damit wir tatsächlich unsere Aufgabe als Mitglied dieses Rates ernst nehmen und vollständig erfüllen können, geben wir der Regierung eine Art «carte blanche». Sie muss uns nachher zumindest in Form von Information sagen, wo das passiert ist. Was passiert sonst? Im Sommer 2005 wird die Rechnung abgenommen. Die Welt ist überall in Ordnung. Beim Konto 4950 hat man ein bisschen Pech gehabt. Niemand spricht mehr darüber. So dumm sind wir nicht. Ich erwarte das. Finanzdirektor Christian Huber, Sie haben eine Zusicherung gemacht, am Personalteil werde nicht gerüttelt. Das bleibt, wie Sie gestern gesagt haben. Ich erwarte ganz klar, dass beim Personal diesbezüglich null Rappen gespart werden. Ich möchte aber ganz gern wissen, wo Sie sich vorstellen und bereit sind – ich kann mir vorstellen, Sie gehen zurück ins Zimmer mit Ihren Kolleginnen und Kollegen und sagen, wir müssen diese 50 Millionen Franken aufteilen – dieses Geld einzusparen. Sonst ist dies eine wahre Farce, dieses Rates nicht würdig.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Dorothee Jaun will uns allen Ernstes weismachen, dass dieser Antrag nichts bewirkt. Es stellen sich zwei grundsätzliche Fragen. Erstens: Warum wehren Sie sich dann gegen diesen Antrag? Sie könnten doch locker zustimmen im Wissen, dass dieser nichts bewirkt. Das ist das eine, das ich Ihnen zum Überlegen geben. Die zweite Frage: Wie halten Sie es denn mit der Budgethöhe dieses Rates, wenn wir nun die 50 Millionen Franken zu streichen beantragen und dies kommt durch? Dann nehmen wir sehr gerne von Finanzdirektor Christian Huber zur Kenntnis, dass der Regierungsrat davon bereits 23,4 Millionen Franken eingebracht hat. Die übrigen 27 Millionen Franken hat die Regierung dann einzusparen. Das ist nicht mehr und nicht weniger, als dieser Antrag bewirkt. Wenn wir das auch noch verlassen, dann müssen wir gar nicht mehr darüber diskutieren, ob dieser Rat überhaupt ein Budget zu genehmigen hat.

Ich bitte Sie ganz eindringlich, dem Antrag stattzugeben. Ursprünglich hat bereits die Finanzkommission klar und eindeutig in diesem Bereich Handlungsbedarf festgestellt und diesen Antrag gestellt. Wir haben es selbst zu verantworten, dass wir ihn nicht bereits nach der Eintretensdebatte durchgebracht haben.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Mir kommt es langsam wie ein Spiel vor. Ich frage mich, ob Sie diese Budgetdebatte noch ernst nehmen, oder ob Sie einfach meinen, Sie könnten gegenüber der Bevölkerung und der Gegnerschaft auf der anderen Seite ein bisschen hin und her spielen und sagen, Sie seien besser als der andere. Bewirken tun Sie aber nichts. Sie machen hier ein saudummes Gesicht gegen aussen und gegenüber den Medien.

Willy Haderer, Sie sollten das als Gemeindepräsident wissen, Budgethöhe heisst noch lange nicht, Gesetzesgewalt zu haben. Es heisst nicht, dass Sie über das Budget Gesetze verändern. Wenn die Regierung sagt, beim Personal werde nichts verändert, dann können Sie hier drin hundertmal Amen sagen oder etwas singen. Das ist egal. Sie haben diese Kompetenz nicht. Wenn es aber nicht das Personal ist, dann wäre der nächste Punkt: Wo kann beim Sachaufwand gespart werden? Ich gebe zu, als Präsident der Kantonspolizei würde es mich natürlich interessieren, wo dann die Auswirkungen wären, wenn dieser Antrag durchkäme und wenn nicht beim Personal gespart würde, sondern beim Sachaufwand. Wollen Sie, dass kein Benzin mehr für die Autos da ist? Wollen Sie, dass die Autos nicht mehr fahren? Was möchten

Sie denn eigentlich? 7 Millionen Franken würde das bei der Kantons-polizei umgerechnet ausmachen. So kann nicht gespart werden! Es weiss niemand in der Verwaltung, wie Sie das real umsetzen wollen. Wenn dieser Antrag durchkommt, haben Sie ein Problem.

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Wenn ich jetzt dieser Debatte zuhöre, dann erstaunt es mich schon, dass man von Budgethoheit und von Veränderungen spricht. Ich frage mich, was ich die letzten Sitzungen hier überhaupt getan habe. Wir waren hier, haben hin und her beraten und unter dem Strich gab es ein Nullergebnis. Wir hätten uns diese ganze Debatte sparen und sofort zur Schlussabstimmung schreiten können. Das ist für mich dramatisch und nicht, dass wir jetzt über einen Rückkommensantrag verhandeln. Die Bevölkerung, die ich kenne, erwartet von diesem Rat, dass wir ein Budget verabschieden und nicht, dass wir keines haben. Wenn wir jetzt aus Versehen, dafür möchte ich mich entschuldigen, der SP das altbekannte Feindbild etwas wegnehmen, dann ist das nicht unsere Schuld, sondern Sie müssen sich mit neuen Gegebenheiten abfinden können.

Erika Ziltener (SP, Zürich): Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen, in diesem Konto ist nun einmal der Löwenanteil die Löhne, das heisst Beförderungen, Teuerung und Stufenanstiege. Über den hat der Regierungsrat zu verfügen. Das entspricht dem Besoldungsgesetz. Sie haben eigene Beiträge, das heisst Sie haben Sozialbeiträge. Diese sind Teil des Lohns. Das andere haben wir auch schon gehört, das sind Radiergummis, Bleistifte und dergleichen mehr. Es ist wirklich eine ganz spannende Frage, die ich Ihnen gerne zu Beginn der Diskussion gestellt hätte, wo Sie in diesem Konto wirklich etwas sparen wollen, das überhaupt relevant wäre, ausser beim Personal.

Ordnungsantrag

Thomas Weibel (Grüne, Horgen): Ich stelle den Ordnungsantrag auf sofortige Abstimmung. Die Meinungen sind gemacht. Die Mehrheiten sind gegeben. Bitte folgen Sie meinem Antrag.

Ratspräsident Ernst Stocker: Die Rednerliste ist erschöpft, ausser Regierungspräsident Christian Huber. Sie sind damit einverstanden.

Regierungspräsident Christian Huber: Aus den Voten, die jetzt gefallen sind, verspüren wir den Willen des Kantonsrates, ein Budget festzulegen. Das schätzen wir ausserordentlich. Wir sind – ich sage das ohne jegliche Ironie – sehr dankbar, wenn Sie sich dazu durchringen können, ein Budget festzulegen. Wir haben dies schon einige Jahre wiederholt. Es ist Ihre verfassungsmässige Pflicht, ein Budget festzulegen. Zu dieser verfassungsmässigen Pflicht, die Sie haben, ein Budget festzulegen, gehört Ihre Budgethoheit und gehört unsere Pflicht, diese Budgethoheit zu respektieren.

Sie haben im Sinn, auf dem Sammelkonto 4950 noch 50 Millionen Franken zu reduzieren. Wir haben Ihnen bereits gesagt, rund 23 Millionen Franken fallen bereits für die Teuerung weg. Es bleiben noch 27 Millionen Franken. Ich habe Ihnen bei meinem Eintretensreferat am Montag vor einer Woche auch gesagt, dass der Regierungsrat die Kompetenz hat, Beförderungen auszusprechen, dass dies bereits geschehen ist und auch so vollzogen wird. Daran halten wir fest. Wenn Sie aber den Antrag so zum Beschluss erheben, dann wird der Regierungsrat Ihre Erwartung entgegennehmen, dass wir im Haushaltsvollzug, wo auch immer, 27 Millionen Franken Budgetkredit nicht ausschöpfen. Wir werden dies nach bestem Wissen und Gewissen auch so tun. Ich gehe nicht in die buchhalterischen Details dieser Übung ein. Hier sprechen wir mehr von Politik als von Buchhaltung. Wenn es dazu dient, dass Sie ein Budget festlegen, dann werden wir nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, dieser Erwartung gerecht zu werden. Ich halte aber fest, dass wir nicht von unserer Zusicherung abweichen, die wir auch gegenüber dem Personal gegeben haben, dass wir an diesen Beförderungen festhalten, die wir bereits ausgesprochen und die wir bereits ins PALAS eingegeben haben. Das werden wir nicht rückgängig machen. Aber wir nehmen entgegen, dass Sie die Erwartung an uns richten, dass wir im Vollzug diese 27 Millionen Franken Kredit nicht ausschöpfen.

Ich muss Ihnen aber sagen, das Sammelkonto 4950, das eigentlich für verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen dient, ist nicht unbedingt das ideale Vehikel für diese Übung. Es bleibt Ihnen aber, ich nehme das auch so entgegen, nicht viel anderes übrig, wenn Sie das machen wollen. Das respektieren wir. Das hat auch mit Ihrer Budgethoheit zu tun. Wir würden uns mit Entschiedenheit dagegen wehren, wenn Sie auf diesem Sammelkonto prozentuale Streichungsübungen machen würden. Wenn Sie sagen würden, man müsse 6 Prozent im Sachaufwand oder beim Personalaufwand linear herunterfah-

ren und dann auf diesem Konto das so machen, dann würde das so weit gehen, dass wir nur noch über das Sammelkonto 4950 diskutieren müssten in künftigen Budgetdebatten. Sie geben uns einfach 10 oder 11 Milliarden Franken Kredit auf das Sammelkonto 4950. Das ist auch nicht Ihre Meinung. Das weiss ich. Ich weise Sie aber darauf hin, dass wir hier buchhalterisch eher näher bei der Politik als bei der Buchhaltung sind.

In diesem Sinn nehmen wir Ihre Erwartungen entgegen.

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung über den Rückkommensantrag unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich sichtbar mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Abstimmung unter Namensaufruf

Der Antrag der Finanzkommission (Antrag 13) wird dem Minderheitsantrag Erika Ziltener (Antrag 13a) gegenübergestellt.

Für den Antrag der Finanzkommission stimmen folgende 95 Ratsmitglieder:

Appenzeller John (SVP, Aeugstertal); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Biemann Peter F. (CVP, Zürich); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Briner Lukas (FDP, Uster); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Ganz Fredy (FDP, Freienstein); Good Peter (SVP, Bauma); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hany Urs (CVP, Niederhasli); Hartmann Hans-

ruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler René (SVP, Winterthur); Isler Thomas (FDP, Rüschlikon); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a. A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Robert (FDP, Affoltern a. A.); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Walter (SVP, Pfungen); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneebeili Hanspeter (FDP, Zürich); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Simioni-Dahm Anita (FDP, Andelfingen); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Surber Reto Andrea (SVP, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thalman-Meyer Regula (FDP, Uster); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Walther Rolf (FDP, Zürich); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a. S.); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Gegen den Antrag der Finanzkommission und für den Minderheitsantrag Erika Ziltener stimmen folgende 77 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bäumle Martin (Grüne, Dübendorf); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Brandenberger Markus (SP, Uetikon a. S.); Braun-

schweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richterswil); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Burger Andreas (SP, Urdorf); Bürgi André (SP, Bülach); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); de Mestral Yves (SP, Zürich); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Egg Bernhard (SP, Elgg); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüeegg Julia (SP, Wädenswil); Gfeller Matthias (Grüne, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Gurny Ruth (SP, Maur); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a. A.); Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Zürich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Keller Ueli (SP, Zürich); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Mauchle Thea (SP, Zürich); Mendelin Markus (SP, Opfikon); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau); Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabi (Grüne, Zürich); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Reist Walter (SP, Zürich); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Ruggli Marco (SP, Zürich); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Serra Jorge (SP, Winterthur); Spring Monika (SP, Zürich); Stünzi Jürg (Grüne, Küssnacht); Torp Eva (SP, Rifferswil); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Volland Bettina (SP, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weibel Thomas (Grüne, Horgen); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziltener Erika (SP, Zürich).

Der Stimme enthalten haben sich folgende zwei Ratsmitglieder:

Germann Willy (CVP, Winterthur); Widmer Graf Andrea (FDP, Zürich).

Abwesend sind folgende fünf Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Eugster Yvonne (CVP, Männedorf); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

Der Kantonsrat stimmt mit 95 : 77 Stimmen dem Antrag 13 der Finanzkommission zu. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 245'699'430.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Ernst Stocker: Ich beantrage Ihnen, jetzt ein Time-out oder die Pause einzuschalten bis 19.15 Uhr. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, dass ich Ihnen beantrage, dass es keine zweite Sitzung gibt heute Abend. Ich meine, bei normalem Verhalten sollten wir um 20.30 Uhr fertig sein. Dann würden wir vier Stunden tagen. Ich kann es nicht akzeptieren, dass wir immer vom Sparen reden und dann noch schnell im Kantonsrat zwei Sitzungsgelder abholen. Sind Sie damit einverstanden?

Christoph Schürch (SP, Winterthur): Ich bin nicht damit einverstanden. Ich beantrage Ihnen, dass wir, wenn wir jetzt Pause machen, ein zweites Sitzungsgeld bekommen oder sonst machen wir durch, dann kann jeder frei entscheiden, ob er solange bleiben will oder nicht. Aber jetzt eine Pause zu machen und dann gibt es kein zweites Sitzungsgeld, das wollen wir nicht. Das ist im Kantonsratsreglement klar geregelt.

Abstimmung

Der Antrag des Ratspräsidenten wird dem Antrag Christoph Schürch gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag Christoph Schürch mit 72 : 70 Stimmen ab.

Pause von 18.45 bis 19.15 Uhr.

Ratspräsident Ernst Stocker: Ich gebe Ihnen bekannt, wie ich mir den weiteren Ablauf vorstelle. Ich beantrage Ihnen, dass wir jetzt die so genannte Elefantenrunde durchführen. Für diejenigen, die das noch nicht wissen, heisst das, dass die Fraktionen nur einen Sprecher haben. Die Reihenfolge erfolgt gemäss der Parteistärke. Anschliessend an die Elefantenrunde ist die Rednerliste geschlossen. Dann führen wir noch die Schlussabstimmung durch. Die Redezeit für die Fraktionssprecher ist frei, ich meine aber höchstens zehn Minuten. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Jürg Leuthold (SVP, Aeugst a. A.): Seit Jahren fordert die SVP, dass der weiteren Aufblähung der öffentlichen Haushalte und der Defizitwirtschaft Einhalt geboten wird. Wir waren die erste Fraktion, die 1999 bis 2003 in ihrem Programm unter anderem forderte, dass die Staatsausgaben zu plafonieren und der Steuersatz zu reduzieren seien. Ein Vorgehensplan zur Beschränkung von staatlichen Aufgaben und die Reduktion des Aufwandes haben wir verlangt. Dies ist die mindeste Aufgabe zur Vorbereitung der Finanzplanung eines bürgerlichen Regierungsrates. Sie erinnern sich an mein Votum vor einer Woche und nichts, aber auch gar nichts ist geschehen oder hat sich in der Beurteilung der Ausgangslage zum Budget 2004 verändert. Wir haben ein Finanzproblem, das es zu lösen gilt. Aber wie? Ich werde es Ihnen sagen. Ein Finanzproblem, das es zu lösen gilt, nicht etwa in der absurden Meinung, dass wir zu wenig eingenommen haben. Nein, wir geben zu viel aus. Ausgaben für Leistungen, welche sich unser Staat nicht leisten kann. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Da wir immer angezündet wurden, für Ausgaben und Entschädigungen, die unseren Einsatz in Feld, Wald und Wiesen, sprich Landschaft und Natur nicht in überzeugendem ideologischen Sinn, sondern im Sinn von Geld-Selbstbedienungsladen Staat von der linken Ratsseite verstanden werden. Forderungen, Forderungen und nochmals Forderungen sind an der Tagesordnung der linken Organisationen und deren Ideologen. Resultierend sind Löhne, welche seit 1990 um fast die Hälfte gestiegen sind. Nehmen Sie diese Beispiele als Tatsache, unter welchen Belastungen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, unsere Industrie und das Gewerbe leiden. Denn 75 Prozent bis 85 Prozent der Ausgaben eines Unternehmens von klein bis gross, vom Strassenbau bis zum Spital betreffen bekanntlich die Personalkosten. Wir alle im Saal, als Verantwortliche für einen gesunden Staatshaushalt, haben von 2001 auf 2002 den Aufwand um sage und schreibe 800 Millionen Franken

erhöht. Wenn diese Zahl für einige von Ihnen nichtssagend ist, unterstreiche ich es gerne nochmals. Diese 800 Millionen Franken sind 21 Steuerprozent, die als Massstab für die ausgeraubten Geldbeutel unserer Bevölkerung gelten, nicht für die SVP, aber für die verantwortungslose linke Seite und ihre Verbündeten.

Ich habe Ihnen angedeutet, die SVP wird nur zu einer aufwandseitigen Haushaltsanierung Hand bieten. Wenn eine Mehrheit in diesem Saal dem nun durchberatenen Budget 2004 zustimmen würde, könnten diese Volksvertreterinnen und Volksvertreter von einer eingeleiteten Bremse zu weiterem Aufwandwachstum sprechen. Grosse Worte wie Sparen und Kostensenkungen gehören aber nicht ins heutige Vokabular verantwortungsbewusster und ehrlicher Politiker. In der Eintrentensdebatte unterstrich ich mehrmals, dass die SVP Hand bieten will, um den in der Vergangenheit angerichteten Schaden, soweit es noch möglich ist, zu beheben. Es ist uns in dieser Budgetdebatte gelungen, dass die Staatsausgaben in Hunderten von Millionen Franken nicht weiter aufgebläht wurden. Das unnötige, unkontrollierte Verschleudern von Steuergeldern, wohlweislich hart verdientes Geld unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, konnte dank der SVP und einigen positiv denkenden Politikern aus anderen Parteien abgebremst, aber leider noch nicht ganz gestoppt werden.

Mit unserem heute eingereichten und dank der Mehrheit beschlossenen Antrag auf Rückkommen ist es uns gelungen, das von der Mehrheit der bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern getragene ursprüngliche Budget der Finanzkommission wieder in die Schlussrunde zu überführen. Wir könnten auch sagen, ein Tropfen auf den heissen Stein. Lieber den Tropfen als nichts. Dies reicht natürlich nie und nimmer, um das Ziel eines gesunden Staatshaushalts zu erreichen. Sie alle in diesem Saal, mit Ausnahme meiner Fraktion selbstverständlich, haben zu Beginn der Budgetdebatte abgelehnt, das Budget 2004 an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, den Aufwand um 350 Millionen Franken zu senken. Trotzdem müssen wir unsere Hausaufgaben erledigen und die Ausgaben reduzieren. Wir müssen neben diesem Budget das Sanierungsprogramm in Angriff nehmen und es ohne jegliche Abstriche und ohne Eröffnen neuer Einnahmequellen, wie Arnold Suter sagen würde, genehmigen. Dieses Budget und das vorliegende Sanierungsprogramm sind derart ineinander verknüpft, dass diese nicht allein beurteilt und im Entscheidungs-

prozess gelassen werden dürfen. Ein Sanierungsprogramm ohne Budget oder ein Budget ohne Sanierungsprogramm, ist schlicht nicht möglich.

Ich und meine Fraktion wollen beides. Wir tragen die Verantwortung. Ich setze das Thema «step by step» bewusst in diese Budgetdebatte. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr. Wir verhindern die weitere Aushöhlung unseres Staats. Wir halten den Druck auf dem Bremspedal aufrecht und setzen den Bremsweg bis zum Stillstand fort. (*Heiterkeit und sarkastischer Applaus von der linken Ratsseite.*) Wir fordern die uneingeschränkte Zusage zum Sanierungsprogramm und verlangen, wenn nötig ein zweites. Um diese Ziele zu erreichen, verlangen wir eine einsichtige und verantwortungsvolle Mehrheit in diesem Parlament. Alle sollen dies mit ihrem persönlichen Namen bezeugen und nach dem vorgeschlagenen Schritt für Schritt, oder moderndeutsch «step by step» mit mir und der SVP dem vorliegenden, korrigierten Budget 2004 zustimmen.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Das vorliegende Budget ist nicht das Budget der SP. Es ist nicht das Budget für die Zukunft des Kantons Zürich, denn wichtige Leistungen für Bürgerinnen und Bürger werden abgebaut. Klassen der Primar- und Sekundarschule werden vergrößert. Bei der Mittelschule findet ein Qualitätsabbau statt. Die Leistungen in den öffentlichen Spitälern werden für Kranke und Pflegebedürftige schlechter. Natur und Heimatschutz werden geschröpft. Wichtige Kulturgüter werden nicht mehr genügend geschützt. Zudem werden Hunderte von Angestellten entlassen werden. In den Folgejahren werden es noch einmal Hunderte sein. Heute hat dieser Kantonsrat zusätzlich 27 Millionen Franken gekürzt. Es erstaunt mich, dass Regierungspräsident Christian Huber versprochen hat, weitere 27 Millionen Franken irgendwo zu kürzen. Bis heute habe ich die Haltung der Regierung immer so verstanden, dass sie dies ablehnt. Ich hoffe nicht, dass es so sein wird, dass die wenigen Aufstockungen, denen auch FDP und CVP im Bildungsbereich zugestimmt haben, nun diesen zusätzlichen Sparbemühungen zum Opfer fallen. Dann ist Ihnen der «Dank» der Handarbeitslehrerinnen und Hauswirtschaftslehrerinnen gewiss.

Dieses Budget ist aber auch Ausdruck all jener Kräfte in unserem Land, die nichts anderes wollen als zu Gunsten der Wohlhabenden Steuern zu senken und damit die Kluft zwischen Arm und Reich zu vergrößern. Das sind all jene Politikerinnen und Politiker, die der Be-

völkerung weismachen, es sei notwendig, die Steuern zu senken, damit die Wirtschaft in unserer Schweiz wieder wachse – kritische Geister, die wissen, dass dem nicht so ist, denn sie sind in der Lage, die Fakten objektiv zu beurteilen. Selbst die Neue Zürcher Zeitung schreibt am Sonntag, 16. November 2003: «Das Problem ist bloss, dass der Staat zunehmend als groteskes Zerrbild dargestellt wird und sich SVP-Politiker und die Economie Suisse auf seine Bekämpfung ideologisch fixiert haben. Vergessen geht dabei, dass neben den Steuern ganz andere, gewichtigere Faktoren das wirtschaftliche Wachstum fördern oder hemmen.» Wachstumshemmend ist der mangelnde Binnenkonsum, verursacht durch stagnierende Löhne der Lohnabhängigen und eine zu hohe Sparquote der Wohlhabenden. Beides sind Folgen der Tatsache, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer grösser wird, die Reichen immer reicher und die Normalbürger immer ärmer werden, nicht nur die Armen, sondern auch die Normalbürger. Der mangelnde Binnenkonsum ist aber auch verursacht durch stagnierende beziehungsweise rückläufige öffentliche Ausgaben. Wachstumsfördernd wären gemäss der in der Eintretensdebatte zitierten OECD-Studie Investitionen in Bildung und Forschung, in staatliche Grundlagenforschung, Investitionen in gute Rahmenbedingungen für Unternehmen. Das Gegenteil haben Sie heute beschlossen. Sie haben es gesagt, Jürg Leuthold. Sie setzen den Bremsweg bis zum Stillstand fort.

Die SP-Fraktion wird deshalb das Budget ablehnen. Die Verantwortung für das Budget liegt bei Ihnen, Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite, diejenigen Kräfte in diesem Kanton, welche systematisch den Abbau der öffentlichen Leistungen betreiben, nämlich FDP und SVP und traurigerweise hat sich auch die neue starke Mitte, die CVP, heute in diesen Reigen eingefügt. Sie haben vor einem Jahr durch unnötige, unverantwortliche und übertriebene Steuersenkungen dem Staat das nötige Geld entzogen, sodass in den für die Bevölkerung wichtigsten Bereichen Bildung, Gesundheit sowie Umweltschutz einschneidende Kürzungen vorgenommen werden müssen. Sie tragen die Verantwortung für den Abbau und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Folgen. Sie tragen auch die Verantwortung dafür, dass der Kanton Zürich heute rote Zahlen schreibt. Ohne Ihre Steuersenkung hätten wir heute 220 Millionen Franken, nämlich 5 Steuerprozent mehr. Wenn Sie all unsere Aufstockungsanträge von insgesamt 50 Millionen Franken – abgesehen von den Krankenkassenprämien-Verbilligungen, die ohnehin nicht angenommen worden wären – angenommen und die Steuern nicht gesenkt

hätten, hätten wir ein Defizit von nur 30 Millionen Franken. Heute haben wir ein solches von 200 Millionen Franken. Dabei haben Sie immer gesagt, Sie möchten nicht Staatsschulden für unsere Kinder und Nachkommen anhäufen. Das haben Sie heute und vor einem Jahr getan.

Ich verspreche Ihnen heute allen, die SP wird ihren Kampf gegen diese Steuerpolitik fortsetzen, denn diese Politik ist ungerecht. Sie ist unsozial und wirtschaftspolitisch falsch. Die SP wird weiterhin für gute öffentliche Leistungen in Bildung, Gesundheit und Umweltschutz kämpfen. Die SP wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass nicht die Ärmsten die Zeche Ihrer verfehlten Finanzpolitik tragen. Glücklicherweise ist mit diesem Budget der letzte Entscheid mit Bezug auf den Sozialbereich noch nicht gefallen, nämlich die Abschaffung der IV/AHV-Beihilfen, die Reduktion des Grundbedarfs II der SKOS-Richtlinien und die Familien- und Hangzulagen für Landwirte. Diese Beträge sind zwar in diesem Budget gestrichen, aber das letzte Wort wird im Februar 2004 fallen. Gegen diese Kürzungen wird die SP mit aller Kraft kämpfen. Wir sind zuversichtlich, dass wir in diesen Fragen auch das Volk auf unserer Seite haben werden. Wie schon vor drei Jahren bei der Reduktion der Beihilfe wird unser Zürcher Volk diesen Abbau nicht mittragen.

Thomas Isler (FDP, Rüslikon): Unsere Fraktion steht geschlossen hinter dem nun beratenen Voranschlag 2004. Ihn zu unterstützen, steht allen vernünftig denkenden Ratsmitgliedern gut an. Es ist ein Budget im besten liberalen Sinn. Es ist ein Budget der bürgerlichen Kräfte. Damit hat der Kanton hoffentlich das, was eigentlich im bürgerlich geprägten Kanton Zürich die Regel sein sollte, nämlich ein Budget der bürgerlichen Mehrheit. Das ist ein positiver Schritt für den Kanton Zürich, denn mit dem Budget bleibt unser Kanton eine verlässliche Demokratie. Er bleibt handlungsfähig und ist als Investor für das Gewerbe und auch für die Armen und die Wohlhabenden, Dorothee Jaun, ein verlässlicher Partner.

Wir Freisinnigen sind hocherfreut, dass die Budgetberatung saldogemäss in etwa zu dem Resultat geführt hat, mit dem wir in die Verhandlungen eingetreten sind. Das Budget 2004 ist ein Erfolg der politischen Vernunft. Wir danken allen, die mit uns zu diesem Budget beigetragen haben. Wir Kantonsräte kommen damit unserer Amtspflicht nach und setzen finanzielle Leitlinien für unseren Kanton. Dies ist hoffentlich der Beginn einer glaubwürdigen und konsequenten bür-

gerlichen Finanzpolitik. Das den Aussagen zufolge auf eine Mehrheit stossende Budget 2004 ist der erste Schritt in einer langen Sparreise. Im kommenden Frühjahr werden wir nun ohne rechtliche Unsicherheiten, die bei einem Nein zum Budget wohl in Kauf zu nehmen wären, das Sanierungspaket beschliessen können, das für einen auch in Zukunft finanziell handlungsfähigen Kanton Zürich unabdingbar ist.

Die FDP-Fraktion verfolgt klar das Ziel, den kantonalen Haushalt mittelfristig ohne Steuererhöhungen zu sanieren. Das bedingt Wachsamkeit und Festhalten am freisinnigen Grundsatz, dass der Staat nicht mehr Leistungen konsumiert, als er aus seinen Einnahmen, die nicht einfach beliebig erhöht werden können und sollen, bestreiten kann. An diesem Grundsatz wollen wir uns messen lassen.

Ich bitte Sie daher, mit der FDP-Fraktion zu diesem Budget Ja zu sagen. Weil ich in diesem Saal dieses Jahr das letzte Mal spreche, wünsche ich Ihnen allen eine schöne Weihnacht und einen guten Rutsch.

Thomas Weibel (Grüne, Horgen): Wie erwartet hat die SVP die Lieder vom Streichkonzert angestimmt. Glücklicherweise ist der Rat diesen Sirenengesängen nicht gefolgt. Unsere Forderung, keine allgemeinen Steuermittel in den Strassenfonds einzulegen, ist mittlerweile breit akzeptiert. Dass die SVP unter dem Deckmantel der KMU-Förderung den Volkswillen missachtet, ist ihr Programm. Das Volk hat wiederholt die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer und damit höhere Einlagen in den Strassenfonds abgelehnt. Andererseits haben wir zu akzeptieren, dass weniger Geld als im vergangenen Jahr in den ÖV-Fonds eingelegt wird. Eine andere von uns seit Jahren erhobene Forderung, das Ausschöpfen der Krankenkassenprämien-Verbilligungen wurde einmal mehr abgelehnt. Damit wird die finanzielle Entlastung derjenigen Leute, welche am dringendsten darauf angewiesen wären, nur halbherzig vorgenommen. Mit Enttäuschung nehmen wir vom breit angelegten Leistungsabbau Kenntnis. Dieser erfolgt entgegen unseren Anträgen. Die stationäre Drogenrehabilitation wird reduziert. Das Umweltmonitoring wird reduziert. Im Bereich Natur- und Umweltschutz werden die Bewirtschaftungsbeiträge reduziert. Das trifft wohlgerne die Klientel der SVP, die Bergbauern. Naturschutzprojekte und Naturschutz im Wald werden reduziert. Die Klassen werden vergrössert. Die Weiterbildung wird teurer. Ich frage mich, ob wirklich nur die Einbildung keine bezahlbare Weiterbildung braucht. Wenigstens gemildert und teilweise rückgängig gemacht werden konnten

Einsparungen im Bildungsbereich. Am Lektionenfaktor wurde geschraubt. Der nun beschlossene Faktor 2,0 darf aber nicht, wie im Sanierungsprogramm vorgesehen, weiter reduziert werden.

Die «Huusi» wurde nicht gestrichen. Hier haben wir die Katze im Sack gekauft. Ein auf kleinerem Budget basierendes Konzept muss erst erarbeitet werden. Für die Handarbeitsstunden wurde das notwendige Geld bereitgestellt. Es wäre ein Affront, wenn Regierungsrätin Regine Aeppli, wie sie sich geäußert hat, dieses Geld nicht für den Unterricht, sondern lieber für die Nachqualifikation der Handarbeitslehrerinnen verwendet. Diese Aufstockung ist ganz klar für die Kinder und für ihre manuelle Tätigkeit als Gegengewicht zur kopflastigen Ausbildung im üblichen Unterricht beschlossen worden. Wir erwarten, dass dieses Geld entsprechend ausgegeben wird. Das von Regierungsrätin Regine Aeppli genannte Ziel, kein Stillstand in der Bildung, kann mit diesem Budget nicht erreicht werden. Da sind wir überzeugt.

Bereits in der Grundsatzdiskussion habe ich davor gewarnt, die Sparschraube zu stark zu drehen und damit den sachte beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu gefährden. Das nun geschnürte Paket tut genau dies. Hier zeigt sich die ganze finanzpolitische Verlogenheit der bürgerlichen Ratsseite. Mit ein paar Feigenblattkorrekturen im Bildungsbereich beruhigt die FDP nur ihr schlechtes Gewissen. Wir haben wiederholt hervorgehoben, dass verschiedene Kürzungen nur ein kurzfristiges Sparpotenzial aufweisen. Mittel- und langfristig sind sie kontraproduktiv. Wir werden weit mehr nachzahlen müssen, als wir nun einsparen. Wir sehen die Nachhaltigkeit in den Bereichen Umwelt und Bildung gefährdet. Das Budget wird auf dem Buckel und zu Lasten der künftigen Generationen beschlossen.

Zusammenfassend muss ich sagen, alle für die Umwelt und die soziale Sicherheit beantragten Verbesserungen wurden von der SVP, der FDP und meist auch der CVP abgelehnt. In der Bildung wurden nur halbhatzige Entscheidungen gefällt. Dies kann nicht unser Budget sein. Dieses Budget darf entgegen anderen Äusserungen zuvor keinesfalls ein Präjudiz für das im Februar zu behandelnde Sanierungsprogramm sein. Ich weiss, die SVP sieht das anders. Sie hat aber bis vor kurzem noch vehement eine Verbesserung um 350 Millionen Franken gefordert. Dass sie nun nach Budgetkosmetik – nicht mal das, denn von Kosmetik sieht man üblicherweise etwas – bereit ist, dem Budget zuzustimmen, das überrascht uns. Aber wir bewundern Ihre Flexibilität. Die bürgerlichen Kräfte müssen das Resultat und den Leistungsabbau

verantworten. Wir Grünen kämpfen für unsere Anliegen im Bereich Umwelt, Bildung und soziale Sicherheit weiter. Das Budget lehnen wir aber ab.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich habe eingangs der Budgetdebatte gesagt, dass es das Ziel der CVP ist, ganz im Sinne des Pragmatismus den Mittelweg zwischen finanziellen Staatsinteressen und den Bedürfnissen einzelner Bevölkerungsgruppen zu finden, also eine Balance zwischen ausgeglichenem Budget und bedarfsgerechten staatlichen Leistungen. Ein solches Ziel ist möglich. Das Ergebnis der Budgetdebatte zeigt klar, dass es erreicht wurde.

Die Linie des Regierungsrates, die er aufgezeigt hat, war realistisch. Wir sind diesem Weg gefolgt, haben ebenfalls wie bereits angekündigt, einige Korrekturen vorgenommen, dort, wo sie notwendig und vertretbar waren, insbesondere im Bildungsbereich, vereinzelt aber auch im Verkehrsbereich. Extreme Positionen hatten, das zeigt die Erfahrung in diesem Rat seit Jahren, keine Chance. Es wurde der Weg beschritten, der letztlich realistisch ist. Das wird auch mit Sicherheit in Zukunft so sein. Es wurden erste Bausteine gelegt für das Sanierungspaket. Die Bewährungsprobe steht noch bevor. Es wird auch dies ein harter Gang werden. Es wird auch hier eine Auseinandersetzung zwischen dem stattfinden, was Utopie und was realistisch ist. Auch dort werden wir abwägen müssen, was sozialverträglich ist und wo Korrekturen gemacht werden können.

Ich habe in dieser Budgetdebatte zum ersten Mal eine Bewegung erlebt, Bewegung bei der SVP. Man ist dort dem Realismus wieder gefolgt, indem man gesehen hat, dass Kürzungsanträge in sehr hohem Ausmass wirklich keine Chance haben, dass aber realistische Kompromisse einen Erfolg bringen können. Ich denke, dass auch die SP durchaus Angebote gemacht hat, die realistisch waren. Wir von der CVP haben die Gesamtwürdigung etwas anders vorgenommen. Ich begreife auch, dass die SP enttäuscht war, dass man ihrem Weg nicht gefolgt ist. Das darf man. Ich bitte aber sehr darum, dass man nicht jedes Mal, wenn wir einen anderen Weg einschlagen, als Sie sich dies erhoffen, mit dem Vorwurf der Unchristlichkeit kommt. Die Christlichkeit ist etwas zu Ernstes, als dass man das in einer Budgetdebatte einbringen muss. Denken Sie daran, der Unterschied zwischen den Vorschlägen der SVP und der SP waren lächerliche 30 Millionen Franken am Schluss. Das sind 2,x Promille. Da lohnt sich diese Emotion wirklich nicht. Von Sozialabbau kann hier und heute keine Rede

sein. Was wir heute beschlossen haben beziehungsweise noch beschliessen werden, ist vertretbar. Wir haben nicht ausgebaut. Das ist richtig. Das hätte sich die SP gewünscht. Das darf man auch. Aber wir sind immer noch in einem Stadium, da die Finanzen nicht zum Besten stehen und wir eine höhere Eigenverschuldung und höhere Schuldzinsen haben. Wir müssen einen vernünftigen, realistischen Weg gehen. Diesen gehen wir heute Abend.

Die CVP kann dem Budget zustimmen. Es ist ein Budget, das realistisch ist. Es ist ein Budget, das sozialverträglich und fair ist. Es ist ein Budget, das durchaus allen Beteiligten die Möglichkeiten gibt, den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gemeinden. Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, dem Budget, ob mit Lust oder nicht, zuzustimmen.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): «Es ist weit wirtschaftlicher, freigiebig anstatt geizig zu sein», diese Aussage von François de la Rochefoucauld zeigt Parallelen zum Budget auf. Ich halte aber sofort fest, dass freigiebig nicht mit verschleudern zu verwechseln ist. Da aber der Staat zum Stillstand gebracht werden soll, wie es vorhin Jürg Leuthold gesagt hat, hat dieses Sprichwort von François de la Rochefoucauld doppelte Wirkung.

Wie immer, wenn das Budget vorliegt, dann spielen einzelne Kantonsrätinnen und Kantonsräte «Konzerncheflis» oder CEO und wollen Kürzungen durchpauken analog zu Privatunternehmen. Schliesslich hat die Unternehmung immer irgendwo auch noch ein paar versteckte Millionen. Also kann dies der Kantonsrat auch tun. Schliesslich hat es auch die SVP so getan, indem sie am Anfang recht grossmäulig verkündete, 350 Millionen Franken müssten eingespart werden. Dass eine solche Einsparung in unserem Staatswesen gar nicht möglich ist, wenn man weiss, dass der grosse Teil der Ausgaben gebunden ist, liegt auf der Hand. Trotzdem hat man gerissen und gezerrt und nach Lösungen gesucht. Man hat versucht, Brücken zu bauen. Was ist herausgekommen? Wenn ich es aus der Sicht der EVP-Fraktion anschau, dann ist ein kleines Häppchen herausgekommen, ein bisschen Hauswirtschaft und etwas Lektionenfaktor. Dann hat es sich schon. In der Hauswirtschaft kann man nachher schliesslich etwas essen, da bleibt man nicht hungrig. Trotzdem ist es recht wenig.

Was uns sehr gestört hat, ist der Rückkommensantrag in Zusammenhang mit dem Personal. Hier ist etwas gemacht worden, das einfach nicht gemacht werden darf. Ich bin jetzt seit bald 15 Jahren im Kan-

tonsrat, habe jedes Jahr die Leier gehört, wir müssten genau angeben, wo gespart werden soll. Oh Wunder, plötzlich ist der Regierungsrat in der Lage, einzelne Positionen herauszunehmen und linear zu sparen. Selbstverständlich hat man nie ausgelernt. Ich nehme das zur Kenntnis. Trotzdem verurteilt die EVP diese Massnahme, die gegenüber dem Personal hätte ergriffen werden sollen, in aller Schärfe. Wir finden, dass zumindest die Bevölkerung finanziert gehört.

Wenn wir denken, es soll gespart werden, zum Beispiel im Pflegebereich oder bei den jugendlichen Delinquenten – sie werden nicht, überhaupt nicht oder nur bei schweren Vergehen zur Rechenschaft gezogen –, dann fragen wir uns schon, ob wir in einem Staatswesen leben, welches seine Aufgabe überhaupt noch erfüllt oder erfüllen kann. Ich habe den Eindruck, wir müssen hier wirklich die Bremse anziehen, damit wir stillstehen, Jürg Leuthold. Wir sollten dafür sorgen, dass gerade in dieser Frage wieder Recht und Ordnung einkehren. Das haben Sie aber abgelehnt.

Geiz war noch nie ein guter Ratgeber. Dank Sparen gehen künftige Gelegenheiten vorüber. Dank Sparen werden Aufträge an das Gewerbe nicht erteilt. Dank Sparen müssen Mitarbeiter entlassen werden. Dank Sparen wird im Hinblick auf die bevorstehende Entlassung des betroffenen Mitarbeiters weniger konsumiert. Dank Sparen kann man dann beispielsweise bei Arnold Suter weniger Blumensträusse kaufen. Dank Sparen gerät unsere Wirtschaft noch mehr ins Stottern. Da kommt mir eine Parallele zu Jürg Leuthold in den Sinn, der vorhin gesagt hat, man müsse die Ausgaben zum Stillstand bringen.

Wäre es in einem solchen Moment nicht eher angezeigt, selbstverständlich haushälterisch mit den staatlichen Mitteln umzugehen? Der Regierungsrat hat es mit der Budgetvorlage nach unserer Ansicht bewiesen, dafür zu sorgen, dass Impulse gegenüber der Wirtschaft ausgelöst werden; Impulse, die Aufträge bedeuten; Impulse, die dazu beitragen, dass bei Arnold Suter wieder Blumensträusse gekauft werden können; Impulse auch, die mithelfen, beim Staat Einnahmengeld zu generieren. So könnte dieser Kreis durchbrochen werden. Aber mit einem Stopp bleibt er stehen.

Schon zweimal hatte der Kantonsrat seine liebe Mühe mit der Verabschiedung des Budgets. Das ist auch dieses Jahr nicht anders. Wir haben das in erster Linie, das muss ich bedauerlicherweise sagen, der SVP zu verdanken, wenn sie immer wieder Anträge gestellt hat, wel-

che für die andere Seite – ich will gar nicht aufteilen zwischen bürgerlich oder links – nicht akzeptabel waren. Nun ist Domino gespielt worden. Die FDP hat sich angelehnt und wie schön auch die CVP.

Die EVP trägt die Verantwortung für dieses Handeln nicht mit. Der Staat soll seine Aufgabe erfüllen können. Hier sind Beschlüsse gefasst worden, die wir nicht mehr mittragen können. Die EVP-Fraktion wird das Budget ablehnen. Die EVP setzt sich ein für eine gesunde Wirtschaft. Sie setzt sich ein für einen gesunden Staat, damit alle etwas davon haben.

Regierungspräsident Christian Huber: Der konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan 2004 bis 2007 würde ohne Sanierungsprogramm im Voranschlagsjahr 2004 einen Aufwandüberschuss, also ein Defizit von 480 Millionen Franken, 2005 von 884 Millionen Franken, 2006 von 688 Millionen Franken und 2007 von 832 Millionen Franken vorsehen. Sie können sich selber ausrechnen, dass das Eigenkapital des Kantons Zürich bereits innerhalb dieser KEF-Periode weggeschmolzen wäre wie Schnee an der Sonne. Man kann uns nicht vorwerfen, dass wir die Steuererträge bewusst pessimistisch budgetiert hätten, dass wir, um überhaupt die Ausgabenbremse auszulösen, die Steuererträge zu tief eingeschätzt hätten. Die gegenwärtige Entwicklung zeigt uns, dass wir in unseren Prognosen eher zu optimistisch waren. Die Wirtschaftsentwicklung, auch wenn sie anziehen wird, wird das nicht aufholen können. Es ist so, wie wenn bei einer Treppe die untersten zwei Stufen zu niedrig gebaut sind. Sie werden nie die richtige Höhe erreichen, auch wenn hinten die Stufen wieder die normale Höhe haben.

In dieser Situation war es die Pflicht, nicht nur der gesetzliche Auftrag des Regierungsrates, für einen mittelfristigen Haushaltsausgleich zu sorgen, denn eine Defizitwirtschaft wäre noch wesentlich dramatischer in ihren Auswirkungen auf die Leistungen des Staats. Wir würden mehr Geld für Schuldzinsen bezahlen, als wir es uns leisten können. Geld für Schuldzinsen ist wahrscheinlich die unproduktivste Ausgabe, die man machen kann. Das Budget 2004 ist deshalb nicht irgendein Budget, sondern es ist das erste Jahr in der Umsetzung des Sanierungsprogramms 04. Sie haben zahlreiche Massnahmen aus der Vorlage 4104 umgesetzt. Sie haben mit ganz wenigen Ausnahmen den Regierungsrat dabei unterstützt. Wir nehmen das als positives Zeichen

aus dem Kantonsrat, dass Sie den Regierungsrat bei seinen Sanierungsbemühungen unterstützen. Die Zustimmung zum Budget zeigt Ihren Willen zum Haushaltsausgleich und Ihre Verantwortung auch für diesen Staatshaushalt.

Es ist mehrfach gesagt worden, mit dem Sanierungsprogramm und den Massnahmen, die bereits im Voranschlag 2004 seien, werde der Staat zu Tode gespart. Er werde ausgehungert. Es finde ein unverantwortlicher Sozialabbau statt. Es werde nicht mehr investiert. Ich darf Sie an den KEF erinnern, der Ihnen vorliegt. Wenn Sie die Entwicklung der Nettoinvestitionen verfolgen, so werden Sie sehen, dass die Nettoinvestitionen von 771 Millionen Franken in diesem Jahr auf 976 Millionen Franken im Jahr 2007 steigen und dass wir mit den geplanten Nettoinvestitionen im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2007 rund 120 Millionen Franken pro Jahr über dem Niveau des Voranschlags 2003 liegen. Man kann wirklich nicht behaupten, hier werde der Staat zu Tode gespart, oder es werde nicht investiert oder man könne keine Blumensträusse mehr kaufen. Eigentlich verdient der Regierungsrat einen Blumenstrauss für dieses Sanierungsprogramm. Ich kann die Adresse dann noch angeben.

Fazit: Mit diesem Budget wird das erste Jahr des Sanierungsprogramms begonnen; ein Sanierungsprogramm, das den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringt, das nicht zu einem Investitionsrückgang führt, das verhindern wird, dass wir einen Bilanzfehlbetrag erreichen, dass das Aufwandwachstum vermindert wird. Also auch hier kann man nicht im Ernst von einem Sozialabbau oder dergleichen sprechen. Der Regierungsrat braucht die Unterstützung für das Sanierungsprogramm. Wir zählen deshalb auf Ihre Unterstützung beim Budget 2004 als erstes Jahr des Sanierungsprogramms 04.

Ratspräsident Ernst Stocker: Damit haben wir das Budget 2004 durchberaten. Ich möchte an dieser Stelle der Sekretärin der Finanzkommission Doktor Evi Didierjean ein Kränzchen winden. Sie hat diese Budgetdebatte und die Anträge hervorragend zusammengestellt und den «Esel» für mich so bereitgestellt, dass alles gut ging. (*Applaus.*)

Jürg Leuthold (SVP, Aeugst a. A.): Ich ziehe meinen Antrag auf Namensaufruf zurück.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat genehmigt mit 91 : 72 Stimmen den Voranschlag 2004 des Kantons Zürich gemäss Ziffer I des Dispositivs mit einem Aufwandüberschuss von 141'866'609 Franken in der Laufenden Rechnung und mit Nettoinvestitionen von 825'904'100 Franken in der Investitionsrechnung.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes*Rücktritt*

Ratssekretärin Regula Thalman: Rücktritt als Ersatzoberrichter von Daniel Bussmann: «Zufolge meiner Wahl als Oberrichter mit Amtsantritt per 1. Februar 2004 trete ich hiermit auf den 31. Januar 2004 als Ersatzoberrichter zurück. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen.»

Neujahrswünsche

Ratspräsident Ernst Stocker: Ich möchte es nicht unterlassen, den zwei Vertretern des Regierungsrates, Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates, den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern, den Damen und Herren des Parlamentsdienstes sowie des Hausdienstes eine schöne Adventszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr zu wünschen. Ich freue mich, Sie im neuen Jahr wieder voller Motivation hier im Rathaus begrüßen zu dürfen.

Regierungspräsident Christian Huber: Wenn man mir das Wort gibt, ohne dass ich es gewünscht habe, dann nehme ich es und benütze es, um Ihnen allen für diese alles in allem konstruktive viertägige Budgetdebatte zu danken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen frohe Weihnachten, ein gutes neues Jahr und dass Sie erholt und gesund Ihre Ratsarbeit im nächsten Jahr wieder fortsetzen können. (*Applaus.*)

Neu eingereichte Vorstösse

- **Fachstelle für Forensik am Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst**
Anfrage *Annelies Schneider-Schatz (SVP, Bäretswil)*
- **Jokertage in der Volksschule**
Anfrage *Ernst Meyer (SVP, Andelfingen)*

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Zürich, 16. Dezember 2003

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 2. Februar 2004.